

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die "Volksstimme" erscheint an jedem Wochentag abends — Herausgeber: Albert Pauli, Magdeburg — Verantwortlich für Inhalt: Wilhelm Lindau, Magdeburg — Druck und Verlag von W. Pfanns & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 2 — Fernschreiber: Anschluss Nr. 6286, für die Redaktion Nr. 4207 für den Verlag und die Druckerei Nr. 4285 — Postleitziffer 2 Sachsen, Seite 110. — Versandpreis vom 16. bis 31. Juli 1.00 Mark. Abholer 0.90 Mark.

Eine Goldmark entspricht 27 Millimeter breite Nonpareillezeile breit, 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienzeitungen und Stellen 12½ Pfennig. Zeitungsanzeige 30 Pfennig, die drei geblättert 90 Millimeter breite Reklamezeile breit, 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. Eine Goldmarke = ein Dollar, geteilt durch 4.20. Der gewährte Rabatt geht vorher, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Plakatwerke keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postcheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 169.

Magdeburg, Donnerstag den 23. Juli 1925.

36. Jahrgang

Amnestie in zehn Minuten.

Schnellarbeit im Reichsrat.

Der Reichsrat versammelte sich am Dienstag, um die brennende Amnestiefrage zu lösen. In dem kleinen Sitzungssaal saßen etwa 30 Herren beisammen, die als Vertreter der einzelnen deutschen Länder über die endgültige Gestaltung des an den Reichstag zu leitenden Amnestieentwurfs zu entscheiden hatten. Unter unendlich vielen kleinen und ganz kleinen Angelegenheiten war der sündhafteste Punkt der Tagesordnung: Die Amnestievorlage.

Wer aber geglaubt hatte, daß diese Vorlage eingehend beraten und große Kämpfe entfesseln würde, wurde arg enttäuscht. Mit trockenster Sachlichkeit und in sonst unerreichtbarer Kürze — aber natürlich auf Kosten der Gründlichkeit! — wurde berichtet, in zwei Lesungen diskutiert und entschieden über das Ergebnis der Beratungen des Reichsratsausschusses, der neben mancherlei Formalien und Zappalien nur einen einzigen wichtigen Abänderungsantrag erörtert hatte: Einen preußischen Antrag auf Einbeziehung der Landesvertragsprojekte in die Amnestie. Dieser eine Antrag war im Reichsratsausschuß abgelehnt worden.

In der Dienstagsitzung des Reichsrats wiederholte der preußische Vertreter, Staatssekretär Weismann, den preußischen Antrag und begründete ihn kurz und knapp: eine Amnestie, die „zu Ehren des Reichspräsidenten“ erfolge, habe nur dann einen Zweck, wenn sie eine wirkliche Befriedung in der Bevölkerung herbeiführe; nach dem mit allen Mitteln geführten Wahlkampf um den Reichspräsidenten müsse man nach beiden Seiten gerecht sein, sonst bringe die Amnestievorlage nur neue Kämpfe und nicht den Frieden.

Der badische Vertreter beantragte im Amnestiegesetzentwurf den Stichstag des 1. Oktober 1923 zu streichen, also auch später begangene strafbare Handlungen unter die Amnestie fallen zu lassen. Der badische Vertreter sprach, wie nicht anders zu erwarten war, grundästhetische Bedenken gegen eine Amnestie überhaupt aus, nur „in Abetracht der gegebenen Sachlage“ wolle er gegen die von der Reichsregierung vorgeschlagene Amnestie jetzt keinen Widerspruch erheben, einer erweiternden Ausdehnung müsse er aber entschieden widersprechen. Der Vertreter von Lübeck erklärte sich für den badischen Antrag.

Die Reichsregierung ließ durch Staatssekretär Seel erklären, daß sie gegen die Aufnahme der Landesverträge in die Amnestie Bedenken trage und daß sie auch gegen die Beseitigung des Stichtags sei. Damit war die ganze Diskussion, wenn man von einer solchen überhaupt sprechen darf, erschöpft. Man schritt zur Abstimmung und diese ergab folgendes Resultat:

Für den preußischen Antrag stimmten das preußische Staatsministerium, Brandenburg, Berlin, Westpreußen, Posen, Oberschlesien, Provinz Sachsen, Waldeck, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz, Baden, Hessen, Hamburg, Anhalt, Bremen, Lübeck. Dagegen gaben ihre Stimme ab: Pommern, Hessen-Nassau, Bayern, Württemberg, Thüringen, die beiden Mecklenburg, Oldenburg. Der Stimmenanteil ist: Ostpreußen und Sachsen. Vier Länder stimmten nicht mit. Der preußische Antrag war mit 32 gegen 22 Stimmen angenommen.

Für den badischen Antrag stimmten nur Baden und Lübeck, alle andern Länder, auch Sachsen, dagegen. Der Antrag war also mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Bei der Gesamtabstimmung wurde die durch den preußischen Antrag verbesserte Amnestievorlage angenommen gegen Pommern, Hessen-Nassau, Bayern, Thüringen und Oldenburg. Lübeck stimmte auch gegen die Vorlage, aber nur, weil sie zumindest bietet. Sachsen enthielt sich der Abstimmung. Mit 38 gegen 17 Stimmen verabschiedete damit der Reichsrat die ganze Vorlage in erster Lesung, und mit dem gleichen Stimmenverhältnis, ohne daß auch nur noch ein Wort gesagt wurde, auch sofort in zweiter Lesung.

Das Ganze dauerte nur etwa 10 Minuten! Der Schnelligkeitsrekord ist damit sicherlich aufgestellt. Aber jauch wird erst der Reichstag die Vorlage zu beraten und aus ihr eine wirkliche Amnestie zu machen haben.

Kurt Rosenfeld.

Deutschlands Angebote.

Die deutsche Erwiderung auf die französische Antwortnote auf das deutsche Garantievertragangebot liegt im Wortlaut vor und wird von uns nachstehend veröffentlicht. Wahrscheinlich um übernationalistische Enttäuschungen zu überbrücken, schneidet die neue deutsche Note eine Reihe von Problemen an, die im Februar-Memorandum nicht berührt worden sind. Die Regierung beschränkt sich aber verhältnisweise auf Anregungen und Wünsche, welche die Grundlage neuer Erörterungen bilden können.

Alles in allem genommen scheint uns die Note, die in Frankreich und England keine ungünstige Aufnahme gefunden hat, ein neuer Schritt auf dem Wege der endlichen Friedenslösung Europas zu sein, den wir als Sozialdemokraten dauernd gewiesen haben. Es gibt nur den Weg der Verständigung der Völker untereinander, den Weg, den auch die deutsche Regierung nach dem ganzen Sinne ihrer beiden bisherigen Noten an Frankreich einzuschlagen gewillt ist. Darum nicht länger gezögert und den zweiten herzhaften Schritt in dieser Richtung gemacht: Hinein in den Völkerbund! Wenn es auch den Nationalisten unangenehm ist, dem deutschen Volke ist es dienlich. —

* * *

Wortlaut der Note.

Die deutsche Regierung hat die von Seiner Exzellenz dem französischen Botschafter Herrn de Margerie am 16. Juni überreichte Antwort auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie erinnert aus der Antwort mit Genugtuung, daß die französische Regierung und ihre Alliierten grundsätzlich bereit sind, die Rettigung des Friedens gemeinsam mit der deutschen Regierung auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen und hierüber in einen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten.

Die alliierten Regierungen wünschen aber vor der Einleitung sachlicher Verhandlungen eine weitere Klärung der in dem deutschen Memorandum berührten Fragen und machen ihrerseits eine Reihe konkreter Vorschläge, zu denen sie die Stellungnahme der deutschen Regierung erbitten. Diese Vorschläge sind zwar auf den Anregungen des deutschen Memorandums aufgebaut, geben diesen Anregungen aber in wichtigen Punkten eine andere Richtung und führen zu ihnen auch neue Vertragskonstruktionen hinz. Die deutsche Regierung will in dem gleichen Geiste des Entgegenkommens und der friedlichen Verständigung,

aus dem ihre eigenen Anregungen hervorgegangen sind, nachstehend ihre Ansicht über die alliierten Vorschläge darlegen. Sie glaubt sich dabei jedoch auf eine allgemeine Neuerung zu einigen grundästhetischen Fragen beizutragen und ihre Stellungnahme zu den Einzelpunkten bis zu den endgültigen Verhandlungen vorbehalten zu sollen.

1.

Die alliierten Regierungen betonen in der Note vom 16. Juni, daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Aenderung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe. Die deutsche Regierung vermag aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne Weiteres zu erkennen, welche Ansicht die alliierten Regierungen damit verfolgen. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Anregungen vorsieht wird, bedeutet keine Aenderung der bestehenden Verträge. Es dürfte deshalb in dieser Hinsicht kein Anlaß zu besondern Feststellungen vorliegen. Die deutsche Regierung betrachtet es hierbei als selbstverständlich, daß nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge

auf dem Wege friedlichen Nebeneinkommens

zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie darf darauf hinweisen, daß auch die Satzung des Völkerbundes derartigen Notwendigkeiten Rechnung trägt.

Wenn die alliierten Regierungen z. B. hervorheben, daß der Sicherheitspakt die geltenden vertraglichen Bestimmungen über die militärische Besetzung deutscher Gebiete nicht berühren dürfe, so ist es richtig, daß das deutsche Memorandum den Abschluß des Paktes nicht von einer Aenderung dieser Bestimmungen abhängig gemacht hat. Sollten die alliierten Regierungen jedoch bestreiten, jene Bestimmungen als für die Zukunft schlechtthin maßgebend hinzutun, so möchte die deutsche Regierung demgegenüber darauf hinweisen, daß das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes eine so bedeutsame Neuerung darstellen würde, daß sie nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten und überhaupt auf die Fragen der Besetzung bleiben dürfte.

2.

In dem System, daß die alliierten Regierungen in der Note vom 16. Juni für den Sicherheitspakt entwerfen, wird eine hervorragende Rolle den Schiedsverträgen zugewiesen. Die Deutschland mit den ihm benachbarten Signatarstaaten des Verfaßter Vertrags abzuschließen hätte.

Die Gestaltung der Schiedsverträge

in diesem System gibt jedoch an erheblichen Zweifeln Anlaß, die noch der Auflösung bedürfen. Die deutsche Regierung hat Schiedsverträge beschäftigt, wie sie in den letzten Jahren sowohl von Deutschland als auch von einer Reihe anderer Mächte abgeschlossen worden sind. Verträge dieser Art, die in Analogie

zu den entsprechenden Bestimmungen der Völkerbundsauftrag aufgebaut sind, erschöpfen nach Ansicht der deutschen Regierung die unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegebenen Möglichkeiten, eine schiedliche Regelung von Staatenkonflikten mit Aussicht auf praktischen Erfolg herbeizuführen. Bei den alliierten Vorschlägen scheint ein andres Ziel gedacht zu sein. Was dabei vor allem in die Argen fällt, sind die von den alliierten Regierungen vorgesehenen Ausnahmefälle,

in denen ein gewaltfahres Vorzeichen der Staaten gegenüberstehen sollte sein soll. Die deutsche Regierung kann in dieser Hinsicht die Ausführungen der Note vom 16. Juni wie auch den veröffentlichten Schriftwechsel zwischen der französischen und der Königlich britischen Regierung nur dahin verstehen, daß in diesen Fällen nach der Ansicht der alliierten Regierungen das gewaltsame Vorgehen ohne irgendein vorhergehendes objektives Verfahren — sei es ein Schiedsverfahren oder ein anderes internationales Verfahren — erfolgen kann.

Wenn das zutrifft, so würde sich daraus ergeben, daß die alliierten Regierungen z. B. die Entscheidung über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Revoltsalien wegen der Reparationsverpflichtungen nicht einem objektiven Verfahren unterwerfen, sondern ihrem einseitigen Ermeessen vorbehalten wollen. Es würde sich ferner ergeben, daß die deutsche Regierung den alliierten Regierungen ein vertragliches Recht einzuräumen hätte, ohne vorhergehendes objektives 5 Jahren gegen Deutschland militärisch einzuschreiten, wenn sie der Ansicht sind, daß ein deutscher Vertrag gegen die Bestimmungen über die Demilitarisierung des Rheinlandes vorliege.

Ebenso bedenklich wären die Folgen, zu denen die in der französischen Note vorgeschlagene Konstruktion der Garantie für die abzuschließenden Schiedsverträge führen könnte.

Das Eingreifen des Garanten

würde zwar von bestimmten Voraussetzungen abhängig sein, der Garant hätte aber das Recht, nach freiem und einseitigem Einsehen darüber zu entscheiden, ob diese Voraussetzungen im gegebenen Falle zutreffen. Das würde bedeuten, daß der Garant zu bestimmen hätte, wer bei einem Konflikt zwischen den beiden Kontrahenten des Schiedsvertrags als Angreifer zu gelten hat, und zwar würde er diese Bestimmung selbst dann haben, wenn er gegenüber dem einen Kontrahenten durch ein Sonderbündnis verpflichtet ist.

Es liegt auf der Hand, daß das Garantensystem durch derartige Konstruktionen einzigartig zu ungewöhnlich ist. Das Ziel einer wirklichen Befriedigung, wie es von der deutschen Regierung in Übereinstimmung mit den alliierten Regierungen angestrebt wird, wäre nicht erreicht. Die deutsche Regierung möchte sich deshalb der Hoffnung hingeben, daß ihre Besorgnisse in diesen Punkten von den alliierten Regierungen bestreift werden könnten. Sie glaubt das um so mehr erwarten zu dürfen, als sich das Garantensystem sonst mit dem Geiste der Völkerbundssatzung nicht in Einklang bringen lassen würde. Während nach der Völkerbundsauftrag die Frage, ob eine Friedensförderung vorliegt,

in einem genau geregelten Verfahren zu entscheiden und die Anwendung von Zwangsmaßnahmen an bestimmte, objektiv festzustellende Voraussetzungen geknüpft ist, würden nach dem in der französischen Note erwarteten System alle diese Entscheidungen in die Hand einer Vertragspartei gelegt sein. Ein solches System würde die Friedensordnung nicht stützen und könnte sogar die Gefahr ernster Verwicklungen herausbeschwören.

3.

Nach Auffassung der deutschen Regierung würde für die Verwirklichung der Grundgedanken des deutschen Memorandums der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine notwendige Voraussetzung sein. Die alliierten Regierungen dagegen sind ihrerseits der Auffassung, daß der in dem deutschen Memorandum angelegte Sicherheitspakt nur denkbar ist, wenn Deutschland in den Völkerbund eintritt.

Bei der großen Bedeutung, welche die deutsche Regierung der Regelung der Sicherheitsfrage heimt, will sie gegen die Verbindung der beiden Probleme keinen grundästhetischen Widerspruch erheben. Sie muß indes darauf hinweisen, daß die Frage des deutschen Eintritts selbst noch jüngstiger Klärung bedarf.

Der Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage ist den alliierten Regierungen aus dem ihnen im September v. d. überreichten Memorandum sowie aus der deutschen Note an den Völkerbund vom 12. Dezember v. d. J. bekannt. Die in der französischen Note angeführte Note des Völkerbundsrats vom 13. März d. J. hat die Bedenken, die auf deutscher Seite gegen die Übernahme der Verpflichtungen aus dem Artikel 16 der Satzung geltend gemacht worden sind, nicht ausgeräumt. Auch nach den Ausführungen des Völkerbundsrats bleibt die Gefahr bestehen, daß Deutschland als entwaffneter Staat, der von stark gerüsteten Nachbarn umgeben ist, der sich in zentraler Lage befindet, und der in der Geschichte immer wieder Schauplatz großer Kriege gewesen ist, bei dem Eintritt in den Völkerbund unbedeutend der Verwirklung in kriegerische Konflikte dritter Staaten ausgesetzt sein würde.

Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seiner Ablösung auch die in der Völkerbundsauftrag und in der Einleitung zu Teil 5 des Verfaßter Vertrags vorgesehene allgemeine Ablösung folgt. Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, welche die Beispiele bis zur

Verwirklichung der allgemeinen Ablösung übereilt. Die Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen und wirtschaftlichen als auch der **besonders geographischen** Lage Deutschlands gerecht werden.

Auf diese Bemerkungen zu den Ausführungen der Note vom 16. Juni möchte sich die deutsche Regierung vorerst beschränken. Trotz der angezeigten Zweifel und Bedenken glaubt sie in wesentlichen Punkten bereits eine bedeutsame Annäherung der beiden seitigen Anschauungen feststellen zu können. Die beteiligten Regierungen sind grundsätzlich einig in dem ernstlichen Willen, die Sicherheitsfrage durch den

von Deutschland angeregten Garantiepakt

und durch einen weiteren Ausbau des Systems von Schiedsverträgen zu regeln. Soweit wegen der Einzelheiten dieser Regelung noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden auch sie zu überwinden sein, wenn die Regierungen das anzustrebende Ziel fest im Auge behalten und dem unerlässlichen Erfordernis der Gleichberechtigung und Gegenfeindseligkeit Rechnung tragen. Die deutsche Regierung glaubt deshalb hoffen zu dürfen, daß die weiteren Erörterungen zu einem positiven Ergebnis führen werden. Sie würde es lebhaft begrüßen, wenn diese Erörterungen beschleunigt werden könnten, damit dem dringenden Verlangen der Völker nach sicheren Bürgschaften für Ruhe und friedliche Entwicklung sowie für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten normalen weltwirtschaftlichen Beziehungen bald Genüge geschieht.

Sächsische Gerechtigkeit.

Die "Leipziger Volkszeitung" berichtet:

Die "Frankfurter Zeitung" hatte im November 1923 eine Mitteilung ihres Leipziger Korrespondenten über den völkischen Rechtsanwalt Dr. Melzer in Leipzig gebracht, in der gegen Melzer verschiedene Vorwürfe erhoben worden sind. Unsre Parteiblätter, die "Volkstimme" in Chemnitz und die "Sächsische Staatszeitung" in Dresden, druckten die Notiz der "Frankfurter Zeitung" unter ausdrücklicher Quellenangabe nach. Melzer erhob Priviliegklage. Am 14. Februar 1925 fand die Verhandlung vor dem Amtsgericht Leipzig statt. Angeklagt waren der Redakteur der "Frankfurter Zeitung" Bisching und die Genossen Seifarth und Jolles als Redakteure der zwei sächsischen Blätter. Das Amtsgericht lehnte den angebotenen Wahrscheinlichkeit und verurteilte sämtliche Angeklagten zu je 1500 Reichsmark Geldstrafe. In dem Urteil wurde ausdrücklich berücksichtigt, daß sich die "Frankfurter Zeitung" mit Recht auf ihren langjährigen als zuverlässig bekannten Berichterstatter verlassen könne und daß sich wieder die Angeklagten Seifarth und Jolles auf die "Frankfurter Zeitung", die ein angesehenes Blatt sei, hätten verlassen können.

Gegen dieses Urteil wurde von Melzer Berufung eingereicht, über die die fünfte Strafkammer des Landgerichts Leipzig, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Miaszkowsky und unter Teilnahme von zwei Schöffen, von denen der eine mit dem Stahlhelmabzeichen geschmückt im Gerichtssaal erschien, verhandelt wurde. Zu Beginn der Verhandlung lehnte der Verteidiger Dr. Graf des Landgerichtsdirektor Miaszkowsky wegen Besorgnis der Beweise ab. Er wies einmal darauf hin, daß gegen Miaszkowsky in der sozialdemokratischen Presse wiederholt Vorwürfe sehr schwerer Natur, auch in der "Volkstimme", erhoben worden seien, gegen die sich Miaszkowsky bis heute noch nicht gewendet habe. Herr Miaszkowsky habe sich auch in dem Urteil gegen Zeigner und in einem Urteil gegen den Sozialdemokraten Frenzel von der "Leipziger Volkszeitung" in beleidigender Form über das demokratisch-parlamentarische System, über sozialdemokratische Minister, wie überhaupt über die politischen Tendenzen der Sozialdemokratie im allgemeinen ausgesprochen. Dr. Graf trug aus diesen Urteilen die in Frage kommenden Stellen vor, die eine Reihe schwerster Beleidigungen gegen die Sozialdemokratische Partei und namentlich gegen die sozialdemokratische Presse enthalten. Ein solcher Richter, meint Dr. Graf, zeige, daß er sich in seinem Unterbewußtsein nicht freimachen könne von dem Hass, der ihn gegen eine politische Partei beeile. Er beweise, daß dieser Richter durch seine Handlung im Amt die Bekämpfung der Sozialdemokratie betreibe. Deshalb siehe zu erwarten, daß auch in diesem Falle Miaszkowsky die Strafen gegen die angeklagten sozialdemokratischen Redakteure erheblich verschärfen werde.

Die Ablehnung wurde selbstverständlich für unbegründet erklärt! Während es nun bei dem Urheber der Notiz, dem Redakteur der "Frankfurter Zeitung", bei der Geldstrafe von 1500 Reichsmark verblieb, wurden die Sozialdemokraten Jolles und Seifarth, die, wie schon hervorgehoben, die Sache nur nachgedruckt und unter Quellenangabe nachgedruckt hatten, zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Also wegen einer "Beleidigung", die an dem Urheber mit einer Geldstrafe bestraft wurde, werden die Sozialdemokraten zu der doch immerhin schweren Arreststrafe von einem Monat Gefängnis verurteilt! Ein Musterbeispiel deutscher Justiz!

dem Ausschußergebnis z. B. mit andern Worten eine Begründung für die Zollvorlage statt der wissenschaftlichen Abteilung, die der Ausschuß in Wirklichkeit ausprägt.

Eine Antwort auf diese "Stellungnahme eines Sachverständigen" zu der Betriebs-Equete blieb nicht aus. Der Demokrat Dietrich wandte sich schärf gegen Kanitz und die geplante Art von Zollschutz, die von allen Dingen auf die Existenz der kleinen Bauern nicht die geringste Rücksicht nehmte, die Gütermittel vertrieben und die Preise für die notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen durch die Agrarzölle erhöhte.

Frau Abg. Seider (Soz.) hielt dem Minister entgegen, daß er aus dem Gutachten des Ausschusses herausgeföhrt habe, was ihm angekommen war, während er das einstmals in die Endurteil außer acht ließ. In diesem Urteil heißt es, daß ein ländliches Zollschutz der Wirtschaftslage Deutschlands nicht entspricht. Jedoch sei keineswegs bewiesen, daß die Agrarzölle notwendig sind. Zu übrigen aber habe die ganze Auseinandersetzung gegenwärtig wenig Zweck, weil das Kompromiß zwischen den Regierungsparteien noch nicht festliege und deshalb unsicher sei, ob die Parteien noch hinter der Regierungsvorlage ständen. Außerdem wird die Befestigung aller Gesetze und Verordnungen verlangt, durch die die Preise für landwirtschaftliche Produkte unter den Weltmarktpreis gedrückt werden. Aufhebung der Umlaufsteuer, Steuerzahlung aus der Differenzialrente des Bodens unter Bevorzugung der besonders tüchtigen Landwirte, Ausbau des landwirtschaftlichen Kreditwesens, der Fachbildung und Beratung, des genossenschaftlichen Zusammenschlusses, Durchführung der verfassungsgerecht verprochenen Bodenreform und Bevorzugung des bäuerlichen Familienbesitzes — sind die restlichen Forderungen des sozialdemokratischen Agrarprogramms.

Zum weiteren Verlauf der Debatte warf Dr. Moses (Soz) die Frage auf, warum kein Ernährungswissenschaftler gehört wird, der über die Wirkung der Zölle auf die gesundheitliche Lage der Bevölkerung Auskunft geben kann. Er wies darüber hinaus jedoch, daß alle Verleumdungen in der Vergangenheit bisher immerhin gewirkt haben und alle Maßnahmen zur Befestigung der Volksgesundheit vergeblich sind, wenn die Zollvorlage nicht verhindert werden können.

Ein Fehlurteil.

Am Dienstag begann in Leipzig vor dem Stadtkirchenhof zum Schutz der Republik ein Hochverratsprozeß, der besonders in Theaterkreisen interessieren wird. Es hatte sich wegen Beihilfe zum Hochverrat und Republikabschaffung der Schauspieler und Schriftsteller Joseph Gärtner aus Mainz, der bis vor kurzem am Nürnberger Stadttheater beschäftigt war, zu verantworten. Gärtner ist der Sohn eines Fabrikarbeiters und betätigte sich schon seit seiner frühesten Jugend schriftstellerisch vorzüglich. Er ging dann später zum Theater über, und zwar zu den Stadttheatern Würzburg und Nürnberg. Während der Räterepublik in Bayern war er Vorsitzender der geistigen Arbeiter und künstlerischen Beirat in Würzburg. Er wurde damals zu 12 Jahren Haftung verurteilt. Die Anklage legt Gärtner vor, daß er im November 1924 in Stuttgart anlässlich der Gedächtnissfeier zum 7. Jahrestag der Sowjetrepublik und 10-jähriger Gründungstag der Würzburger Kommunistischen Partei die künstlerische Leitung übernommen hat. Bei dieser Feier trug Gärtner Gedichte von Henrich Mann, Erich Mühsam, Herwegh und Toller vor. Auch leitete er die Aufführung eines Theaterstücks "Mose", zu dem er als Prolog einen Gesang der gefangenen Proletarier vortrug.

Die Verteidigung hält als Sachverständigen den Präsidenten der Deutschen Bühnenanhörigen Gustav Ritschel geladen und unter Beweis gestellt, daß ein Schauspieler bei Vorträgen derartiger Werke das Bewußtsein fehlt, sich in hochverrätrische Weise zu betätigen. Das Gericht lehnte jedoch Ritschel ab. Nach langer Verhandlung wurde Gärtner zu einem Jahr dreieinhalb Monate in Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. 2 Monate und die Geldstrafe gelten als verbüßt. In der Gründung führte das Gericht aus, die künstlerischen Veranstaltungen, die Gärtner leitete, hätten nicht den Zweck gehabt, sondern nur den Zweck verfolgt, kommunistische Propaganda zu treiben.

Wenn jemand monarchistische Propaganda treibt, regt sich in der sogenannten deutschen Republik kein Mensch darüber auf. Niemand fragt danach, ob "Deutsche Abende", mit Schwarzweißrol, mit Hakenkreuzen, altdutschen Heralden und fridericianischen Grenadiere garniert, den Zweck haben, die Teilnehmer künstlerisch und wissenschaftlich weiterzubilden. Ein einziger Vers von Henrich Mann, von Toller, Herwegh oder Mühsam wiegt hundert Werwolf- und Jungfrau-Gedichte auf. Da von Gärtner geleitete Feier hätte also tatsächlich künstlerischer Wert. Aber die Herren Richter vom Stadtkirchenhof "zum Schutz der Republik" wissen es anders. Sie lehnen das Urteil der Fachleute ab. „Macht nichts, der Jude wird verbrannt!“



„Unentwegt werden wir unsere Versprechen hochhalten, darauf können sich unsere Wähler verlassen — — —“

Der gerichtigte Ernährungsminister.

Die Regierung Luther hat gestellt, am Dienstag im Landespolitischen Ausschuß, entgegen ihrer anfänglichen Absicht, doch noch ein paar Worte zu dem Ergebnis des Nachmännerausschusses, der sich mit der Zollvorlage befaßte (der sogenannte Betriebs-Enquete) zu sagen. Sie hatte hierzu den Grafen Ritschel, aus Berliner Reichsernährungsminister, beauftragt. Er sprach in dem bei ihm gewohnten herzhaften Ton und brachte es fertig, das Ergebnis der Enquete zur Beweisführung für die Richtigkeit seiner Zollvorlage in Anspruch zu nehmen. Anfänglich habe er dem Ausschuß mit Mützen und eingelegten Hosen entgegengesehen, während er jetzt zu seinen Freuden begeistert müsse, daß durch den Ausschlußbericht die ökonomischen Grundlagen der Zollvorlage im großen und ganzen eine Rechtfertigung erfahren haben. Graf Ritschel hat jedoch oft verstanden, Zeugen für sich in Anspruch zu nehmen, die jährling seine Gegner waren. Seine Behauptungen über den Bericht des Enquete-Ausschusses übersteigen in dieser Beziehung aber seine bisherigen Leistungen. Er sieht in

zu schaffen, die in engem Zusammenhang stehe mit den Errungen in der öffentlichen Meinung. Die Kirchenälter schlagen zu dem Zweck die Übertragung der Zentfir an einen Ausschuß des Grafschaftsrates bzw. in größeren Städten des Stadtrates vor. Diese Organisationen der englischen Selbstverwaltung werden bei der geringstmöglichen Wahlbeteiligung — vielfach nur bis 10 v. H. der Wähler — in der Hauptstädte von den kleinen Handwerkern und dem beschäftigten Kreis der "Gläubigen" gewählt. Wenn diesem Kreis das Urteil über die Aufführungsfähigkeit moderner Literatur geräumt wird, dürfen auf der englischen Bühne in Zukunft nur noch Rücksüte im Stil der Werke der seligen Birch-Pfeiffer aufgeführt werden können.

Eine Goethe-Reliquie. Bei einer dieser Tage abgehaltenen Auktion des Antiquariats Schäff in Frankfurt kam ein kostbares Stück aus Goethes Frankfurter Jugendzeit zum Angebot, die eigenhändige Handschrift des jungen Goethe, um die sich zahlreiche auswärtige Liebhaber bereits vor der Auktion lebhaft bemüht hatten. In seinem 16. Geburtstage schrieb Johann Wolfgang in das Stammbuch seines Freundes J. M. Woerth:

Dieses ist das Bild der Welt,
Die man für die beste hält:
Hast, wie eine Mördergrube,
Hast, wie eines Burschen Stube,
Hast, so, wie ein Opernhaus,
Hast, wie ein Magisterschmaus,
Hast, wie Koppe von Poeten
Hast, wie schöne Narritaten,
Hast, wie abgesetztes Geld
Sieht sie aus die beste Welt.

Das sehr gut erhaltenen Stammbuch, daß der Goetheforschung übrigens längst bekannt war, konnte von dem Frankfurter Goethe-museum ersteigert werden. Allerdings nur zu einem Preis, der den Jahresetat des Museums, trotz freundlicher Zustimmung mit den übrigen Interessenten vor der Auktionszeit überschreitet. Das Frankfurter Goethe-museum ist noch immer schlecht gestellt; alle Versuche, reiche Spender dafür zu interessieren, sind bisher gescheitert. Der Kapitalismus hat eben für wissenschaftliche Kulturstudien nichts übrig.

Tharsi. Der langjährige Musikredakteur des Dresdner Anzeigers, Eugen Tharsi, ist nach langem Krankenlager an einer Herzreise gestorben. Ursprünglich Kapellmeister, hat er sich als Muiscschriftsteller stets für die Hebung der Standesinteressen seiner Berufsgenossen eingesetzt. Tharsi, der zu den Kulturbünder und Gründern des Deutschen Musikkomitee zählt, hat nur ein Alter von 54 Jahren erreicht.

Frage- und Antwort-Spiel.

Der "Affenprozeß" von Dayton gegen den Lehrer Scopes, der die Darwinische Theorie gelehrt hatte, ist erstaunlich mißlichen Ausgangssätzen. Als der Verteidiger Darrow sich wegen einiger scharfer Angriffe auf den Vorsitzenden entschuldigte, ließ dieser die Anklage auf Bekämpfung fallen mit der Bemerkung, er vergesse Darrow, wie Christus seinen Freunden vergeben habe.

Richter: Warum wurde die Einstellung aus dem Saal ins Amt verlegt, weil die Dame infolge des lauten Laduns und Schallgetriebes bereits Asse gezeigt, in den Eintritt droht. Daumen beanspruchte die Bekämpfung. Schon als Zeugen zu lassen, damit die Bekämpfung bezeugen könnte, daß die Bibel nicht von ihren überzeugten Anhängern nicht richtig genommen werde. Darum entwarf ich folgendes Frage- und Antwort-Spiel:

Dayton fragte Scopes: Bezeichnen Sie folgende Frage: Glauben Sie, daß die Bibel überall wörtlich zu nehmen ist?

Scopes: Ich glaube alles, wie es geschrieben ist. Natürlich bedenke ich nicht, daß Menschen richtiges Bild haben.

Dayton: Glauben Sie, daß Jesus von dem Wolfus beschworen wurde, drei Tage in denen Stagen lebte und dann wieder gestorben?

Scopes: Wenn ja lese, daß jeder Jesus verzögert, denn glaube ich es. Gott kann Menschen und Tiere töpfen, die das Gesetzbreche erleben können.

Dayton: Glauben Sie, daß dieser Jesus eigentlich für den Zweck, Jesus zu verzögern, geschaffen wurde?

Scopes: Ich weiß es nicht, und denkt auch nicht darüber nach.

Dayton: Wenn wir darüber, dann hören wir wenigstens die Möglichkeit, die Religion kennenzulernen. Sie haben also keine Meinung darüber, wie der Jesus geschaffen wurde?

Scopes: Ich glaube es leicht, wie jeder andere glaubt.

Dayton: Glauben Sie, daß Jesus der Sonne beigeht, militärisches?

Scopes: Unbedingt.

Dayton: Glauben Sie, daß die Sonne kommt um die Erde herum?

Scopes: Nein, die Erde rotztet die Sonne.

Dayton: Womit hat der Schöpfer jene Erziehung?

Scops: Das ist mir unbekannt. Jedoch war er inspiriert und brauchte also die Dinge, die er sprach, gar nicht zu verstehen.

Dayton: Können man nicht glauben, daß die Sonne die Erde umkreist, wenn man die Möglichkeit, den Tag zu verlängern, ergibt?

Scops: Gott ist allmächtig, ihm kommt derartiges keine Schwierigkeiten machen.

Dayton: Wissen Sie, was der Erde passieren würde, wenn sie plötzlich auf höhern Befehl stillstehen müßte?

Scops: Nein, aber ich weiß, daß Gott auch in solchem Falle vorbereitet würde.

Dayton: Glauben Sie an die Zinsflut?

Scops: Ja.

Dayton: Wann war sie?

Scops: Ich weiß es nicht und denke auch nicht darüber nach.

Dayton: Sie glauben, daß alle Rassen somit von Noah abzogen?

Scops: Ja, entsprechend der Bibel. Ich bin kein Freund der Evolutionen.

Dayton: Wissen Sie, daß auch andre Völker Zinsflut-Verstümmelungen kennen?

Scops: Nein, unterschreift mich auch nicht. Mich gehen Konfuzius-Religionen nichts an. Die Bibel genügt.

Dayton: Glauben Sie, daß die Lehren des Konfuzius älter als das Christentum sind?

Scops: Ich glaube nicht, was die Leute mit darüber weißem wollen, die selbst nicht an die Bibel glauben.

In dieser Art ging die Verhandlung weiter, teilweise von Zorn und Entzerrung unterbrochen.

Englisches Ruderturn. In dem "Affenprozeß" von Dayton geht aus die "Daily Picture" aus London meldet: Der Grand eines Geistes auf den Zeugen der Königin Elisabeth wird in England die Theatervorstellung eines neuen Literatur- und Poesie-Wettbewerbs ausgerufen. Die englischen Dramatiker setzen sich darüber beschwert, daß englische bedeutende Dichterung keinen Platz habe, über eine Rückkehr der Literatur zu Griechen zu hoffen, die von selbst vielleicht nicht dazu und haben Leidenschaft der Zensurprozeß verlangt. Jetzt kommen nämlich für solche Organisationen in Englands mit einer Eingabe an Baldwin und verlangen ebenfalls Aenderung — aber ihnen ist die Zensurprozeß zu fair. Sie befürworten in ihrer Einsicht, in der letzten Zeit zu Kunden zur Ausführung gelegenen Zäuden seien zuviel Veränderungen über normale oder ungewöhnliche Rechte enthalten. Normale Situationen seien „geradezu gewöhnlich“. Es ist also notwendig eine neue Zensurzuliefernde

Lohnkampf im Saarbergbau.

Der durch den Versailler Vertrag als Ersatz für die im Kriege zerstörten nordfranzösischen Gruben in das Eigentum des französischen Staates übergegangene Saarbergbau beschäftigt über 70 000 Arbeiter. Mit ihren Familienangehörigen stellen diese 70 000 Bergleute den größten Teil der ganzen Saarbevölkerung dar.

Schon im Jahre 1923 waren die Saarbergleute gezwungen, einen mehrere Monate dauernden, schweren Kampf um ihre Existenz zu führen. Heute deuten alle Anzeichen darauf hin, als ob es die französische Grubenverwaltung wieder zum Aufruhr treiben wollte. Die Teuerung steigt im Saargebiet von Tag zu Tag. Der Grubenverwaltung fällt es gar nicht ein, ihr vor Monaten gegebenes Versprechen, die Löhne jeweils der steigenden Teuerung anzugeleichen, einzulösen. Der Bergmann ist heute mit einem Monatsgehalt von 400 bis 500 französischen Franc (das sind 80 bis 100 Reichsmark) der schlechtest bezahlte Arbeiter im ganzen Saargebiet.

Nachdem das zuständige französische Ministerium für öffentliche Arbeiten die Lohnangaben der Bergarbeiterverbände monatlang unbedingt lehnt, versuchen nunmehr die Bergleute durch Anwendung von passiver Resistance (unkontrollierbares Föderieren) ihrer Empörung Ausdruck zu geben und die unverzügliche Erhöhung ihrer Löhne zu erzwingen. Als Antwort darauf droht die Grubenverwaltung mit der Stilllegung der Betriebe. Auf einzelnen Zeichen ist sie bereits zur Aussperrung geschriften.

So ganz wohl scheint sich die Verwaltung jedoch angesichts der letzten Konsequenzen auch nicht zu fühlen. Als die Situation durch die Maßnahmen der Belegschaften und die Schritte der Organisationsleitungen erst zu werden beginnt, schickt der Arbeitsminister in Paris einen Vertreter nach Saarbrücken, der nunmehr mit den Verbandsleitungen über die strittigen Fragen zu verhandeln beginnt. Hoffentlich gelingt es, die Grubenverwaltung zum Nachgeben zu bringen und so eine schwere Erschütterung vom Wirtschaftsleben des Saargebiets fernzuhalten. Das wird jedoch nur bei einer nennenswerten Erhöhung der Löhne möglich sein.

Der kommunistische Losseier umfreist, wie er das jetzt in solchen Fällen tut, bereits wieder das Feld. Mit großem Tamtam versucht die Kommunistische Partei, aus diesem Kampf um das nackte, materielle Dasein parteipolitischen Nutzen zu ziehen. Das wird ihr hoffentlich bei den gut disziplinierten Bergleuten nicht gelingen.

Am Sonntag fanden große Revierkonferenzen der beiden Bergarbeiterorganisationen statt, in denen die von der französischen Grubenverwaltung angebotene Lohnerhöhung von 5 Prozent als eine Verhöhnung erklärt und abgelehnt wurde. Mit starker Dreiviertelmehrheit wurde der Streik beschlossen, der mit Ablauf des Tarifs am Montag den 27. Juli in Kraft tritt, falls bis dahin die Grubenverwaltung die gestellten Forderungen nicht bewilligt.

Neben der Lohnforderung bildet auch die schlechte Behandlung einen Gegenstand der Beschwerden. Nach dem ganzen bisherigen Verhalten der Verwaltung ist der Streik unvermeidlich. Wenn 74000 Bergarbeiter ausständig sind, dann eröffnet das zugleich das ganze Wirtschaftsleben des kleinen Saargebietes.

V. Sch.

Erhöhte Biersteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit der zweiten Lesung der Umfaßsteuer. Die Regierungsparteien hatten einen Antrag eingebracht, die erhöhte Umfaßsteuer, also die sogenannte Bierzusteuer ab 1. Oktober 1925 von 10 auf 7½ Prozent herabzusehen. Am übrigen soll es bei der Erhöhung der allgemeinen Umfaßsteuer am 1. Oktober 1925 auf 1¼ Prozent bleiben. Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten verlangten eine weitere Senkung, die aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde, während sie die Anträge der Rechtsparteien annahmen.

Die Sozialdemokraten beantragen auch noch die Befreiung der Lebensmittel und des Umsatzes der Genossenschaften von der Umfaßsteuer. Auch diese Anträge wurden abgelehnt.

Schließlich nahm der Ausschuß gegen den Widerstand der Linken einen Beschluß der ersten Lesung über die Biersteuer. Damit erhöht sich der Biersteuersatz um 50 Prozent. —

Prozentpatrioten.

Eine prächtige Illustration zum Prozentpatriotismus der deutschen Schwerindustriellen gibt folgende Zuschrift, die wir aus dem Saargebiet erhalten.

Der schwerindustrielle Kommerzienrat Hermann Köchling macht wieder von sich reden. Es ist noch nicht ganz ein Jahr her, als er die 7000 Arbeiter seines Völklinger Eisenwerks sechs Wochen aussperrte, um ihnen eine zehntägige Arbeitszeit und 25 Prozent Lohnkürzung aufzutragen. Herr Köchling erlebte bei diesem reaktionären Vorstoß eine schmachliche Niederlage. Jetzt holt er zum zweiten Streiche aus. Dieser same "Deutschunstreiter" hat wegen eines Streiks, der im Mai dieses Jahres in seinem Völklinger Werk ausbrach, den Deutschen Metallarbeiterverband, Bezirk Saargebiet, auf Schaden verklagt! Seine Forderung benutzt er "voraufgängig" auf 240000 Franc! (Nicht nur 24000 Franc, wie gestern bei uns ein Drudfchler behauptete.)

Neben seinem Hauptberuf als Großverdiener macht Herr Köchling als Vorstandesmitglied der Saarländischen Volkspartei und Abgeordneter des Saarparlaments auch in Politik. Zu seinem Spezialgebiet hat er sich ausgerechnet die "Verteidigung des Deutschums" gewählt. Er verzichtet es meisterhaft, sich in aller Welt als "Führer der deutschen Sache" an der Saar aufzuspielen. Selbst die Berliner Ansteller sehen in ihm unbewußt ihren ehrenamtlich tätigen Kollegen. Die Heidelberg Universität verlieh ihm vor zwei Jahren für seine "Verdienste" auf diesem und ähnlichen Gebieten den Dr. h. c. — So kann man sich irren.

Wenn Köchling, der zur Zeit, als im Saargebiet noch die Besatzung herrschte (vor dem Amtsantritt der Regierungskommission 1920), sich mäuschenstill verhielt, überhaupt außer der Arbeiterschaft niemand aufzumachen mag, glaubt, auf diese reaktionäre Art der deutschen Sache zu dienen, dann wäre es wahrlich angebracht, daß er von ihm nahestehenden Kreisen aus dem Reiche einmal über seinen Irrtum belehrt würde. Köchling weiß, daß gerade die Arbeiterorganisationen die Stütze der deutschen Sache sind. Trotzdem sein fanatisches Anstreben gegen diese Front. Aber holt er sich, der Proftmüller, und der kommt auch bei ihm immer noch vor dem Vaterland.

Bei der Einführung einer Anzahl saarländischer Richter kann man auf den Ausgang dieser Klage gespannt sein. —

Abd el Krim in Defensive.

Auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz hat sich die Lage für Frankreich wesentlich verbessert. Nachdem es den französischen Truppen am Sonntag nach schweren Kämpfen gelungen ist, in Meknes zu erobern, haben sie am folgenden Tage Ain Matuf, fast ohne auf Widerstand zu treffen, erreicht. Abd el Krim scheint nach diesen Misserfolgen sich zur Verteidigung entschlossen zu haben.

Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" sollen sich, wie durch Flieger beobachtet wurde, die regulären Truppen von der Bahnhofslinie Taza-Fez in die Berge zurückziehen und den dort ansässigen Stämmen die Behauptung der besetzten Bahnhofslinie überlassen. —

Mindestens 150 Mark!

(einundhundertfünfzig Mark) muß der Familienvater jährlich für Lebensmittelzölle zahlen, wenn die Zollvorlage der Regierung Gesetz wird.

Das sind 12,50 Mark im Monat, das sind 10 Prozent bei einem Stundenlohn von 62 Pf.

Diese Last muß selbst ein Familienvater tragen, der wegen seines außerordentlich geringen Lohnes von der Lohnsteuer vollkommen befreit ist.

Wahrt euch gegen die 3. Vorlage!

Die italienische Inflation.

Der neue italienische Finanzminister Volpi bereitet die Neuauflage von zwei Milliarden Lire vor. Eine Milliarde dieses neuen Inflationsgeldes kommt dieser Tage in Umlauf. Als der frühere Finanzminister Stefani vor einiger Zeit eine Erhöhung des Papiergeldumschlages forderte, schlugen die Emisionbanken ihm die Erhöhung der Inflation ab. Der neue schwerindustrielle Finanzminister jedoch findet sofort die Zustimmung zu einer sehr großen Inflationserhöhung, weil die Hochfinanz diese Vermehrung des Papiergeldes eine "Versärfung des produktiven Kapitals" nennt. Wir stehen also vor der neuen Erfindung der "produktiven Inflation".

Die Hochfinanz und die Schwerindustrie wollen nun, daß alle die schlecht fundierten Aktien, die der italienische Staat an das Ausland gegeben hat, und die Unmessen junger Aktien angeblich "notleidender" Industrien, endlich an den Mann gebracht werden und dazu brauchen sie das "produktive" Geld dieser zwei Milliarden. Als man den breiten Massen zu ihrem trockenen Brothe mit Hilfe einer Erhöhung des Notenumlaufes ein Stück hinzufügt, kann es nicht kaufen können, da er weiter eingesetzt und das Papiergeld. Wenn aber die Spekulation Arbeit bekommt soll, dann kann die Druckmaschine auf einmal arbeiten. Mag die Lire auch weiterhin immer schwächer werden und dadurch die Vermehrung der Bevölkerung immer größerer Umfang annehmen, für die Hochfinanz und Industrie gibt es nur eins: Hause an der Börse.

Die Inflation soll übrigens auch ein Zweites erreichen, nämlich die Valuta derartig verschlechtern, daß die italienische Industrie durch vermindernde Produktionskosten des Auslandes auf dem Weltmarkt erhöhte Konkurrenz bieten kann. Man vergißt dabei vollkommen, daß es noch andre hochindustrielle Länder gibt, vor allem ein Land, von dem Italien im besondern Weise abhängig ist, England! Da Italien so gut wie gar keine Rohstoffe für die Schwerindustrie im eignen Lande hat, ist dieser Versuch zur Erhöhung des Weltmarktes auf dem Wege über Inflationspreise besonders grotesk. Die Schwerindustrie hat jedoch nichts andres im Auge, wie die sofort greifbaren Gewinne, die für den Export in gute Valuta erhält. Diese Dollars und Pfunde werden im Ausland aufgezeichnet, die schlechten Lire aber bekommst der Arbeiter und das Konsument.

Genua wie einst in Deutschland. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Tarifwidrigkeit der Eisenbahner. Die Tariforganisationen der Eisenbahner haben am Dienstag beschlossen den Tarifvertrag am 1. August zum 1. September zu kündigen. — Die Kündigung der Lohnbestimmungen war vorzusehen. Die Entzündungszeit, die der letzte Schiedsentscheid den Eisenbahner aufgezwungen hat, hat schon viel zu lange gedauert. Von Tag zu Tag steigen die Lebensmittelpreise, während die allgemeine Teuerung — nur das unerträglich niedrige Lohnniveau blieb immer das gleiche. Auf der einen Seite hohe Entlohnung, auf der andern Seite wissenschaftliche Betriebsführung, die aus den Knochen alles heraustrahlt, was an Kraft und Werk vorhanden ist. Offenbar erfüllt sich die Reichsbahn jetzt nicht wieder. — Fahrrn mit einer Lohnerhöhung von 3 Pfennig zu ...

Schiedsentscheid im Pforzheimer Streik. Zur Beilegung des Streites in der Pforzheimer Schuhwarenindustrie trat am Dienstag unter dem Vorstoß des Schlichtungsausschusses vorstehenden eine Verhandlungskommission zusammen, die bis in die Abendstunden erfolglos verhandelte. Die nach dem Scheitern der Verhandlung sofort zusammgetretene Schlichtungskammer fällte darauf einen Schiedsentscheid, nach dem der Spitzenminister für den Währungen gelehrten Arbeiter bis zum 31. Juli 68 Pfennig, ab 1. August 69 Pfennig und ab 19. September 69 Pfennig befragt. Bissher wurde nur ein Stundenlohn von 60 Pfennig gezahlt. Im Donnerstag vorzeitig werden die 34 000 im Streit stehenden Arbeitnehmer der Pforzheimer Schuhwarenindustrie durch Urabstimmung die Annahme oder Ablehnung des Schiedsentscheids zu entscheiden haben. —

Notizen.

Essens Räumung am 31. Juli. Der Essener Stadtverwaltung wurde am Dienstag vormittag durch den Chef des französischen Zivilbüros mitgeteilt, daß die Räumung der Stadt bis zum 31. Juli, 12 Uhr nachts, vollkommen beendet sein wird. Es verbleibt lediglich die französische Kohlenkommission, die sich mit der Lieferung der Reparationsbühnen zu beschäftigen hat und auf Grund eines besondern Vertrags eingesetzt ist. —

Gegen die Ausschreitungen. Wegen der Ausschreitungen, die sich an einigen Stellen des geräumten Ruhrgebiets nach Abzug der Besatzung ereignet haben, wurde eine Verfügung erlassen, in der nochmals darauf hingewiesen wird, daß Veranstaltungen und Kundgebungen jeglicher Art aus Anlaß des Abzugs der Besatzung bis auf weiteres verboten sind. —

Hechenbach fordert sein Recht. Im Reichsgesetzblatt ist das Gesetz über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bairischen Volksgerichte verblendet worden. Inzwischen hat Felix Hechenbach, der zu Unrecht vom Münchner Volksgericht zu 11 Jahren Buchthaus und 10 Jahren Ehrenverlust verurteilt und am 20. Dezember 1924 in stets widerrufflicher Weise unter Zustimmung von Bewährungsfrist begnadigt wurde — der Ehrenverlust blieb bestehen —, seinen Verteidiger beauftragt, das Gesuch um Wiederaufnahme des Verfahrens einzureichen. Gibt die Münchner Strafammer dem Antrag nicht statt, dann steht dem Verurteilten das Recht zu, die Entscheidung des Reichsgerichts anzuwerfen, vor dem auch der Wiederaufnahmeprozeß stattfinden wird. —

Aufstände in Sowjetrußland? Aus Moskau treffen alarmierende Meldungen ein, daß in Weißrußland Aufstände gegen die Sowjetregierung ausgebrochen sind. —

Bersteigerung des Zarenhauses. Bei einer Bersteigerung der Einrichtung des Petersburger Winterpalastes laufte am Dienstag ein Amerikaner den Speisesaal des Zaren für eine halbe Million Dollar. —

Die chinesischen Birnen. Der britische Konsul in Canton hat alle englischen Einatürger, die sich noch in Wuchow aufhalten, erfuhr, die Stadt zu verlassen, da in nächster Zeit ein chinesischer Boxkampf einzischen werde, der verhängnisvolle Wirkungen auslösen könnte. —

Radiodienst der Volksstimme.

Die Kommunisten auf Schleichwegen.

sp Berlin, 22. Juli. Am Freitag findet im Berliner Lustgarten eine Protestaktion der Arbeiterschaft gegen den Zollwucher statt. Die Veranstaltung wird vom Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei und den Berliner Gewerkschaften einberufen. Die Kommunisten, die allein keine Menschen mehr auf die Beine bringen können, rufen ihre Anhänger auf, am Freitag ebenfalls im Lustgarten zu erscheinen. Das hat von kommunistischer Seite einen doppelten Vorteil: 1. kann niemand feststellen, wie wenig Kommunisten in Wirklichkeit erschienen sind und 2. ergibt sich eine schöne Gelegenheit, sozialdemokratische Aktionen durch Dummejungenstreiche zu stören und in ihrer Wirkung zu beeinträchtigen. —

Ein neues Zollkompromiß.

sp Berlin, 22. Juli. In der heutigen Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses wurden neue Kompromißanträge der Regierungsparteien eingereicht, die den Schwierigkeiten, die sich aus dem bisherigen Kompromiß ergeben haben, auf dem Wege geben wollen. Zu viele Einzelanträge wird für die Regierung die Erreichung verlangt, auf bestimmte Waren Zölle zu erheben. Die Mindestsätze sind aber keineswegs gefallen. Die unterste Grenze soll betragen: Für Roggen 3 Mark, Weizen 3,50, Gerste 3, zur Befüllung 1, Hafer 3, Mais 2,20, Weiz 5,50, Reis 2,50 Mark pro Doppelpentziner, für Fleisch ausschließlich Schweinespeck und frisches Schweinesleisch 21, für Schweinespeck 24, für Schmalz und schmalzartige Fette 6, für Butter 22,5, für Mehl und Getreide mit Ausnahme von Hafer 8, für Mehl aus Hafer 10, sonstige Mehlzeugnisse 20, Büchsenfleisch 40, Büchsenmilch 40 Mark.

Das Gesetz soll bis zum 31. Juli 1927 befristet sein und der Zeitpunkt seiner Inkraftsetzung dem Reichsfinanzminister überlassen werden.

Um dem Zollwucher ein soziales Mantelchen umzuhängen, wird beantragt, daß die Nahrungsmittelzölle Verwendung finden sollen für die Invalidenversicherung, für die Kirche und für Wohltätigkeitsvereine. Man will also erst den Armen das Geld nehmen, um es dann in Gestalt von Rentenfennigen und Klostergruppen wieder zu verteilen. Die Sozialdemokraten und Demokraten verlangten Abbruch der Verhandlung, um durch Praktisierungen zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Die Mehrheit konnte diesen Antrag nicht ablehnen, die Sitzung wurde deshalb auf Donnerstag vertagt.

Depeschen.

Sozialdemokratischer Antrag.

sp Berlin, 22. Juli. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat im Handelspolitischen Ausschuss einen Antrag eingestellt, in dem die Reichsregierung erachtet wird, in der Form eines Gesetzentwurfs ein umfassendes Programm für die Erhebung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion vorzulegen. Der Antrag enthält ins einzelne gehende Richtlinien über den Zolltarif, die Besteuerung der Landwirtschaft, den Ausbau des landwirtschaftlichen Kreditwesens und die Fachbildung sowie den wirtschaftlichen Zusammenschluß landwirtschaftlicher Betriebe. Bei den Lebensmittelpositionen müsse die zurzeit bestehende Zollfreiheit zunächst um ein Jahr verlängert werden. Spätestens am 1. März 1926 soll der Reichstag einen Untersuchungsausschuss von wissenschaftlichen Professoren und Parlamentariern zur eingehenden Prüfung der deutschen Landwirtschaft berufen. Die Hauptaufgabe des auszuarbeitenden Produktionsprogramms soll es sein, diejenigen Erfahrungen zu benötigen, unter denen die deutsche Landwirtschaft zurzeit besonders leidet. —

Bei hartem Wasser

ist Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda unentbehrlich. Henko macht das Wasser weich wie Regenwasser, verhindert die Entstehung von Kalkflecken und spart viel Seife.

Henko

Heute letzter Tag

Magdeburger Lichtspiele

Heute letzter Tag

Panorama

Hutchinson
und die Erschleicher
Walpurgiszauber

Das Drama einer Liebe.

Die Deutligwoche

Kammer

Sie will ja gar nicht heiraten!
Und sie wollte ja gar nicht betraten, denn
sie hatte Angst vor der Ehe.

Max Linder in

Die drei Musketiere
oder Der Knockout-Held

Die neuste Deutlig-Woche

Walhalla

Der Flug um den Erdball

Ellen Richter, Reinhold Schünzel
Bruno Kastner, Max Landa

Außerdem:

Der Klub der Unterirdischen

Füli

Bewundernswertes, unnahmhaftes
Meisterwerk

Der Ritt ums Leben

mit der entzückenden
Mary Pickford

Der Ritt ums Leben ist das genialste Filmwerk,

das Amerika bisher nach Europa sandte.

Außerdem

das große Beiprogramm

ZENTRAL

Täglich 3 Uhr

Der große Erfolg

Die Frau ohne Kuß

Musik von Walter Kollo

Sonntags zwei Vorstellungen

4 Uhr (kleine Preise) und 6 Uhr

Siebenbügiger Kartenvorverkauf

Stadtburg Volkspark, Leopoldshall
Freitag den 24. Juli, abends 18 Uhr

Grosses Konzert

ausgeführt von der Reichsbanner-Kapelle.

Eintritt 25 Pf.

Es laden fr. und. ein Bentz, Rudolf.

Vergessen Sie nicht

die Auslagen der Buchhandlung

Volksstimme

zu bestichtigen.

1872

unter persönlichem Leitung des ehemaligen Kapellmeisters

vom Centraltheater Herrn Friedrich Schmidt.

Der Rosengarten steht in voller Blüte.

Breiter Weg 267

Tel. 8555

castron-oel

das rizinushaltige

Motoren-Oel

Gummikappert

Wiedereröffnung
Kaiser-Otto-Bad, Fettchenenstr. 5.

In den alten Räumen wie früher. Habe mein
Bad vergrößert und modernisiert für alle
medizinischen Bäder, Licht- und
Dampfbäder sowie Wannenbäder.

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

2161

H. Deiß und Frau.

Dampferfahrt

ab Strombrücke links (Weißgerberstraße).

Am Donnerstag den 23. Juli, nachmittags 2 Uhr

— Große Ferienfahrt mit Musik nach Buschhaus.

— Dorfspektakel für die Großen: Konzert und Tanz; für die Kleinen:

Befestigungen auf der großen am Walde geleg. Spielwiese.

Fahrtelpreis hin und zurück 1.00 M., Kinder 50 Pf. und 6 Jahr. frei.

Am Freitag den 24. Juli, nachmittags 2 Uhr

Gr. Ferienfahrt mit Musik nach Hohenwarthe (Landhaus).

Dorfspiele Konzert und Tanz.

Fahrtelpreis hin und zurück 1.00 M., Kinder 50 Pf.

Am Freitag den 24. Juli, abends 8 Uhr

Promenadenfahrt mit Musik nach Hohenwarthe.

Fahrtelpreis hin und zurück 1.00 M. — Tanz im Landhaus.

Tanzgeld wird nicht erhoben. Rückfahrt 12 Uhr nachts.

Außerdem wochentags Hohenwarthe vormittags 8 Uhr u.

täglich nach Hohenwarthe nachmittags 2 Uhr.

Ab Hohenwarthe vormittags 11½ Uhr, nachmittags 7 Uhr.

Julius Krümling. Fernsprecher 8226/27.

Möbel

Betrieb nach all. Orten

mit Kredit-

Bewilligung

zu allen Bedingungen

Möbel für 75 M.

Anzahlung 10 M.

Möbel für 150 M.

Anzahlung 20 M.

Möbel für 200 M.

Anzahlung 35 M.

Möbel für 300 M.

Anzahlung 50 M.

Möbel für 400 M.

Anzahlung 70 M.

Anzahlung 80 M.

u.s.w.

in wöchentl. Abzahl.

oder monatl. Raten.

Schlaf-, Wohn-, Speise-

zimmer, Küchen

und andere Einrichtungen.

Spezialmöbel.

A.

Friedländer

mit Sitz in Magdeburg.

Telefon 321

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

Rein Geld für die Kriegsopfer.

Der Reichstag begann am Dienstag nach dreitägiger Pause seine Arbeiten wieder mit einer Dauersitzung. Es zeigte sich bei näheren namentlichen Abstimmungen, daß trotz der tropischen Hitze 374 Abgeordnete im Hause anwesend waren. Der größte Teil der Sitzung wurde ausgefüllt von der Beratung der Gesetzesnovelle zur Änderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderer Versorgungsgesetze. Diese Gesetzentwürfe betreffen nicht weniger als 2½ Millionen deutscher Volksgenossen. Es handelt sich um die Bewilligung von 150 Millionen laufendem und 50 Millionen einmaligen Mehraufwand für die Kriegsopfer. Auf die einzelnen verteilt, sind die Zuwendungen außerordentlich gering. Jedoch erklärt sich der Reichsfinanzminister außerstande, mehr zu bewilligen. Die bürgerlichen Parteien stellten sich hinter ihn. Allerdings zeigten sie sich bereit, bei den Offiziern wesentlich mehr zu bewilligen als bei den Opfern aus dem Mannschaftsstande.

Die Novelle bringt zwar eine Erhöhung der Grundrente um 50 v. H., aber gleichzeitig einen Abbau der Schwerbeschädigtenzulage und der Zusatzrente, so daß nur eine sehr geringe allgemeine Erhöhung herauskommt. Für die Sozialdemokratie sprach Roßmann, unterstützt von der Abgeordneten Frau Reiske. Roßmann besprach eingehend den Umlauf der blutigen Kriegsbilanz und zeigte, wie die Rechtsparteien sofort nach dem Zusammentreten dieses Reichstags das Haus mit Anträgen zugunsten der Kriegsbeschädigten und sonstigen Kriegsopfer überfluteten, während sie jetzt diese Anträge nicht mehr wahr haben wollten. Der Deutschen Nationalen Budjuhn habe selbst erklärt, daß sie in der Opposition anders redeten, als wenn sie die Verantwortung trügen.

Der Zentrumsabgeordnete Gerig griff Roßmann scharf an, weil die Sozialdemokratie sich nicht den bürgerlichen Kompromiß angeschlossen habe.

Die Sozialdemokratie beantragte mehrere namentliche Abstimmungen, so bei dem Antrag, der Rechtsanspruch auf Heilbehandlung bei den Hinterbliebenen fordert und bei dem Antrag, der eine Erhöhung der Grundrente verlangt. Es zeigte sich, daß die Deutschen Nationalen und die Deutschen Volksparteier ihre eignen, bei Beginn dieses Reichstags eingebrachten Anträge nicht stimmen.

Sämtliche sozialdemokratischen Verbesserungsanträge wurden gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Bei der Weiterberatung der Vorlage, die das Unifortragen betrifft (die Beratung wurde am Freitag abgebrochen eines Sturmes wegen der sich gegen den unverschämten völkischen Abg. Ramon erhob), stellte der Reichstagspräsident Löbe fest, daß sich der Abg. Ramon am Freitag so benommen hat, daß er — wäre die Sache umgekehrt und vor dem Kriege geschehen — heute nicht mehr im Reichstag wäre. Ob den völkischen Hohlköpfen, die sich immer mächtig viel einbilden auf ihre „Vornehmheit“ nicht doch ein bißchen ein Seifensteber aufgegangen sein mag, was eigentlich Bildung ist, als sie erlebten, wie der frühere Buchdrucker Paul Löbe mit ihnen abschafft und sie gehörig rüffelt, ohne auch nur eine Minute seine vornehme, wirklich aristokratische Überlegenheit zu verlieren? Ramon mußte durch „Rechtfertigungen“ vor dem ganzen Hause zugeben, daß er am Freitag gelogen hat, was seiner Einbildung auf seinen Erbädel aber kaum Abbruch tun wird. —

Sitzungsbericht.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2.45 Uhr und spricht dem Abg. Herold (Btr.), der eben seinen 77. Geburtstag gefeiert hat, die herzlichen Glückwünsche des Hauses aus. — Aufsehen erregt, daß nahezu ein Dutzend Abgeordnete der bürgerlichen Parteien einen Urlaub von 4 bis 6 Wochen nachsuchen.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage zur Änderung der Versorgungsgesetze, soweit sie Kriegsbeschädigten betreffen.

Abg. Löbl (Wahr. Bp.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Ausschuß erachtet die Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß die Heilbehandlung aller erkrankten Kriegerhinterbliebenen künftig sichergestellt wird, und die in der Verwaltungspraxis herorgebrachten Mängel beseitigt werden.

Abg. Roßmann (Soz.):

Der Aufbau des Reichsversorgungsgesetzes ist von uns früher gebilligt worden. Es wurde geschaffen in einer Atmosphäre allgemeinen Vertrauens zur Regierung in dieser Frage. Die heutige Regierung geht ganz zu Unrecht an diesem Vertrauen. Sie ist empfindlich gegen jede Kritik am Reichsversorgungsgesetz und gegen die Verträge, es zu reformieren. Trotzdem ist eine Reform des Gesetzes eine unabdingbare Notwendigkeit. Die Regierung sagt zwar, daß das Gesetz bestehen erst 5 Jahre, man könne also nicht schon wieder reformieren. Aber was für 5 Jahre sind seitdem vergangen? Kein Paragraph dieses Gesetzes ist von dieser Zeit unverändert geblieben.

Das Reichsversorgungsgesetz ging von zwei grundsätzlichen Voraussetzungen aus. Es wollte erstens aus dem Wust der Vorschriften und der Kriegsministerien ein eindeutiges allgemein verständliches Recht schaffen und zweitens die Verschlechterung des alten Rechts verhindern. Keine dieser beiden Voraussetzungen trifft heute noch zu. Die Regierung erkennt die Mängel an, aber sie straut sich dagegen, ihnen abzuheben. Sie hat ein Altheilmittel in der Bestimmung gefunden, daß der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister die notwendigen Anpassungen vornehmen kann. Das bedeutet, daß alles, aber auch der Inhalt des Gesetzes verändert, wie wir es schon bei den Offiziersversorgung gesehen haben. Es wird wiederum ein Wirtmarkt, der größer ist, als er Ende des Krieges war. In der Praxis bedeutet das nichts andres, als daß eine sehr große Zahl von Kriegsbeschädigten statt auf ihr Recht auf das

Wohlwollen der allmächtigen Bureaucratie angewiesen ist.

Im Ausschuß hat man unsre Kritik an der Vorlage sehr übel genommen. Ich kann mich dabei aber auf Urteile von Sachverständigen berufen, die noch weit schärfer in ihrer Kritik sind. Der Redner zitiert einen Artikel des Abgeordneten Thiel (D. Bp.), der in einer großen Anzahl deutscher Zeitungen erschienen ist, und in dem an das Wort erinnert wird, daß die Kriegsteilnehmer des Dankes des Vaterlandes sicher seien und nach dem großen Kriege eine bessere Verpflege für sie gege-

nommen werden sollte, als es nach dem Kriege von 1870 und 71 der Fall war. Bei dem Zusammentritt des Reichstags wurde eine Flut von Anträgen gerade von den Regierungsparteien gestellt, der größte Teil stammte von den Deutschen Nationalen und von der Volkspartei. Wenn die Forderungen der Deutschen Nationalen erfüllt worden wären, so hätte das nach den Berechnungen der Regierung eine fortlaufende Ausgabe von 633 Millionen, eine einmalige von 461 Millionen, im ganzen also 1094 Millionen Mark erfordert. Die Anträge der Volkspartei hätten eine Ausgabe von 645 Millionen notwendig gemacht. Demgegenüber waren die Anträge meiner Partei und auch die der Kommunistischen Partei geradezu Muster von Bescheidenheit und Zurückhaltung. Was ist den Kriegsbeschädigten von den Regierungsparteien nicht alles versprochen worden? Wenn Sie Ihre Forderungen nicht etwa verwirklichen wollen, wenn die meisten Kriegsteilnehmer schon gestorben sind, so hätten sie schamlos die Regierung verlassen müssen, ehe Novelle vorzulegen, die die Forderungen der Regierungsparteien realisiert. Das haben sie aber nicht getan, sondern ihre Anträge langsam und langsam verschwinden lassen. Uns hat man den Vorwurf unverantwortlicher Demagogie gemacht, weil wir angeblich unerfüllbare Anträge gestellt hätten. Nun fragt ich in aller Offenheit die Deutschen Nationalen und die Volkspartei: Was haben Sie mit Ihren Anträgen beabsichtigt? Der Abg. Budjuhn hat ja die Antwort schon gegeben, als er im Ausschuß erklärte: Wir hatten diese Anträge schon gestellt, als noch niemand daran dachte, daß die Deutschen Nationalen in die Regierung eintreten würden. (Lebhafte Hörer, hört! b. d. Soz. — Unruhe rechts.) Später allerdings haben Sie einen Rückzug angetreten. Im Ausschuß haben Sie erklärt, es sei die Geplausibilität der Deutschen Nationalen, beim Zusammentreffen des Reichstags die Wünsche der Kriegsteilnehmer in Antragsformierung zu teilen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Haben Sie das auch in den Wahlversammlungen gesagt, an denen Kriegsbeschädigte teilgenommen haben? Glauben Sie, daß von dieser Geplausibilität 2½ Millionen Kriegsbeschädigte fett werden können? Sie treiben in Wirklichkeit die unverantwortliche Demagogie,

indem Sie Anträge stellen, von denen Sie wissen, daß Sie selbst sie niemals verwirklichen werden! (Schr. richtig! b. d. Soz.)

Trotz der Kritik an der Vorlage erkennen wir an, daß sie auch einige Verbesserungen enthält, die besonders auf das Drängen unserer Freunde geschaffen wurden. Im Ausschuß hat auch die Regierung Erklärungen abgegeben, die dahin führen können, daß das Gesetz eine soziale Auslegung erfährt. Darüber hinaus muß aber die Vorlage den Kriegsbeschädigten schwere Entlastungen bringen. Die Leichtbeschädigten werden etwas besser behandelt, trotzdem sie immer nur ein Drittel bis die Hälfte der Bezug erhalten, die sie nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz von 1906 zu beanspruchen gehabt hätten. Diese Verbesserung erfolgt aber zum Teil auf Kosten des Schwerebeschädigten und kinderreichen Witwen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Diese beiden Gruppen gehen fast leer aus, trotz der Tatsache, daß wir mit einer neuen Vertretung der Lebenshaltung und mit einer bevorstehenden Rentsteigerung zu rechnen haben. Während die Regierung bei den unteren Klassen Schlüß machen will, ist sie bei den sogenannten oberen Klassen nicht so engherzig. Die Regierungsparteien sind im Ausschuß nur dort über die Vorlage hinausgegangen, wo es sich um

Bulagen für Offiziere

handelt. Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn es sich dabei auch nicht um erhebliche Beträge handelt, so muß uns diese Vorzugsung der Offiziere angesichts des Zurückbleibens der andern Klassen mit Empörung erfüllen.

Der Redner zeigt dann an einem Beispiel, daß ein sehr schwer Kriegsbeschädigter 81 Mark im Monat als Rente erhält, während ein Major neben seiner vollen Pension bei den gleichen Verhältnissen allein 75 Mark Verstümmelenzulage erhält. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein Doppelampelunterricht erhält eine Gesamtrente von 60 Mark, ein Major mit der gleichen Verstümmelung eine Extrazulage von 75 Mark. (Hört, hört!) Alle meine Versuche, die Verbesserung der Vorlage herbeizuführen, sind an dem einmütigen Widerstand der Regierungsparteien gescheitert. Wir kritisieren die Vorzugsung der Offiziere nicht aus Abneigung gegen die Offiziere als Stand, sondern aus unserm sozialen Gewissen heraus. Wir wissen, daß auch die Offiziere, wenn sie nicht noch endre Einnahmen haben, nur ein bescheidenes Leben führen können. Uns fehlt es auch nicht an Verständnis für die Tragik, die viele Offiziere durch den Kriegsausgang getroffen hat. Wenn in den Massen des Volkes nicht das gleiche Verständnis zu finden ist, so liegt das nur an den Offizieren, die ja vielfach sich als Gegner der Republik betätigten. Sie sind nicht imstande, anzuerufen, welche Mühen es für den zusammengebrochenen Staat gekostet hat, auch ihnen ein bescheidenes Leben zu sichern.

Abg. Gerig (Btr.) verteidigt im Namen der hinter der Regierung stehenden Parteien die Novelle gegen die Angriffe des sozialdemokratischen Redners. Dem einmütigen Willen zur Hilfe für die Kriegsbeschädigten sei durch die beschränkten Mittel der Regierung eine Grenze gezogen.

Reichsarbeitsminister Brauns weist verschiedene Angriffe des Abgeordneten Roßmann zurück. Das neue Gesetz sei keineswegs ein sozialer Rückdrift gegenüber dem alten Rechte, sondern ein wesentlicher Fortschritt. Die gesamten Entschädigungsansprüche für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen sind heute nach dem neuen Rechte höher als nach dem alten Rechte. Man muß dabei aber auch die Arbeits- und Berufsfürsorge zugunsten der Kriegsbeschädigten berücksichtigen, die sich durchaus bewährt hat und mit der Deutschland vorbildlich für andre Länder geworden ist. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Budjuhn (dt.-naff.) erklärt, seine Partei habe nicht die Absicht gehabt, einen besonderen Redner vorzutragen; die maßlosen Angriffe des Abg. Roßmann müßten aber zurückgewiesen werden. Wir werden, ob wir Regierung- oder Oppositionspartei sind, immer nur für das eintreten, was sich verwirklichen läßt. (Beifall rechts.)

Abg. Weber (Düsseldorf, Komm.) begründet einen kommunistischen Verteidigungsantrag, der die Unterstützungsstücke weiterlich über die Ausschüsse hinaus erhöhen und weitere Vergünstigungen für die Beschädigten und die Hinterbliebenen einführen will.

Abg. Heuk (Dem.) hebt hervor, daß aus der Rede des Abgeordneten Budjuhn hervorgegangen sei, daß das Glashaus, in dem er sitzt, sehr feine Scheiben zu haben scheint. (Heiterkeit.) Der Redner erinnert an deutsche Anträge, die zu dieser Angelegenheit zu Anfang dieses Jahres gestellt wurden und die fallen gelassen worden seien, als die Deutschen Nationalen Regierungspartei wurden.

Abg. Dietrich (Franken, völ.) kritisiert, daß der Reichsfinanzminister sich auch in dieser Frage einen erheblichen Teil der erforderlichen Summe nur durch Abhandeln habe entziehen lassen. Gerade die Behandlung der Kriegsopfer darf nicht zum Objekt eines Kuhhandels gemacht werden. Eine solche Handlung der Regierung würde auch zurück auf die gesellschaftliche Behandlung der Kriegsbeschädigten. Leider müßte jetzt schon an das deutsche Volk die Wahrheit gerichtet werden, mit etwas mehr Rücksicht den Opfern des Weltkriegs entgegenzukommen. (Beifall.)

Von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratien, Kommunisten und Völkischen ist folgende Entschließung eingegangen:

Der Reichstag nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches den Anträgen, die sich auf die Wiedergewährung der durch die 12. Ergänzung zum Reichsbefreiungsgesetz als abgegolten bezeichneten, gesetzlich gewährleisteten Zugaben an Angehörige der ehemaligen Wehrmacht und an ehemalige Kolonialbeamte beziehen, nur in völlig unzureichendem Maß entsprochen werden konnte. Er erwartet, daß die Reichsregierung die im Zusammenhang mit diesen Anträgen stehenden Fragen weiter verfolgt und, sobald die finanziellen Verhältnisse dies gestatten, eine entsprechende Gesetzesvorlage einbringt.

Abg. Roßmann (Soz.) stellt fest, daß die Regierung im vorigen Jahre den Reichstag über die Finanzlage des Reiches im unklaren gelassen habe. Hätte sie die Sozialdemokratie damals schon gewußt, daß den Ruhrindustrien 715 Millionen zugewendet worden waren, so hätte sie dem damaligen Kompromiß nicht zugestimmt. Gegenüber dem kommunistischen Abgeordneten Weber, der zum großen Teil gegen die Sozialdemokratie polemisierte, erfuhr der Redner um Aufklärung darüber, wie die Versorgung der Kriegsbeschädigten in Sowjetrußland aussiehe. Es müsse jetzt gezeigt werden, daß Weber in der Hälfte der Ausschüttungen gar nicht anwesend war, die Begründung seiner Anträge hat er zum großen Teile den Sozialdemokraten überlassen.

Nach einer Erinnerung des Abg. Gerig (Btr.) und kurzen Bemerkungen des Abg. Nödel (Komm.) schließt die allgemeine Aussprache.

Die kommunistischen Anträge werden zum Teil gegen die Kommunisten, Sozialdemokraten und Völkischen abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag der den Hinterbliebenen in allen Fällen Heilbehandlung, Krankengeld und Haushalt zugesetzt werden will, wird in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 153 Stimmen abgelehnt.

Ein völkischer Antrag, der die Schwerbeschädigtenzulage erhöhen will, wird im Hammelsprung mit 191 gegen 166 Stimmen abgelehnt.

Abg. Frau Reiske (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der den Satz von 40 Prozent der Vollrente, den die Vorlage für die Witwe des Berechtigten gibt, auf 50 Prozent erhöhen will. Der Antrag will der Witwe 60 Prozent der Vollrente zusprechen, wenn sie ein Kind zu versorgen oder das 45. Lebensjahr erreicht hat. Wenn die Witwe erwerbsunfähig ist, oder sobald sie das 50. Lebensjahr erreicht hat, soll sie, nach dem sozialdemokratischen Antrag, 80 Prozent der Vollrente erhalten.

Abg. Frau Auflage (Soz.) setzt sich für einen sozialdemokratischen Antrag ein, der unter besondern Voraussetzungen den Witwen, die nach dem Gesetz keine Rente erhalten sollen, eine Witwenhilfe gewähren will.

Abg. Dietrich (Franken, völ.) beantragt, die Elternrente aus der „Lohn“ in die Mußvorschrift umzuwandeln. Von sozialdemokratischer Seite wird ein ähnlich gehaltener Antrag befürwortet, der jedoch die „Bedürftigkeit“ voraussetzt. Von Regierungssseite wird gegen die Anträge der Opposition Stellung genommen, weil sie eine unerträgliche finanzielle Mehrbelastung des Reiches bringen würden.

Die Anträge werden gegen die Sozialdemokratien, Kommunisten und Völkischen, denen sich in einigen Fällen auch die Demokraten anschließen, mit 191 gegen 166 und mit 197 gegen 169 Stimmen abgelehnt.

Die Vorlage wird unter Ablehnung aller Verteilungsanträge in der Ausschüttung in zweiter und gleich darauf auch in dritter Deutung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Gegen 10 Uhr abends wird darauf die erste Beratung des Gesetzentwurfs über das

Recht zum Tragen einer Militäruniform

fortgesetzt.

Präsident Löbe leitet die Beratung mit folgender Erklärung ein: Diese Beratung ist am Freitag abend durch Unruhe unterbrochen worden. Aus dem Stenogramm ist festgestellt worden, daß Abg. von Ramon gesagt hat:

Aber uns als bürgerlich Denkenden ist diese Revolution und diese Republik das Symbol einer elenden Unterwürfigkeit gegen den äußeren Feind. (Lebhafte Pfiffl-Rufe links.)

Die Republik ist die jetzige Staatsform Deutschlands, während die Monarchie die frühere war. Ich werde nur die Frage auf, wenn ein Redner früher sich erlaubt hätte, in so wunderloser Weise über die Monarchie zu sprechen, ob er in diesem Hause seine Rede hätte beenden können? (Schre gut! links.) Heute ist es nicht mehr möglich, dem Redner das Wort zu entziehen, ich kann den Abg. v. Ramon jetzt nur noch dafür zur Ordnung rufen. (Beifall.) Der Vorrat hat sich gezeigt, als Abg. v. Ramon dann sagte, er sei dabei gewesen, wie ungefähr 30 waffenlose Offiziere umgebracht worden sind. Diese Behauptung ist durch Zeugen bestritten worden. Jedenfalls ist schon jetzt gezeigt, daß er nicht von 30, sondern von 18 Offizieren gesprochen haben will. (Hört, hört! links.) Jedenfalls muß ich wegen der bei dieser Gelegenheit erfolgten Zwischenrufe und Bemerkungen die Abg. Sollmann, Graumann, Kirchmann und Leuten bejeckt war und von zwei bewaffneten Leuten geführt darauf dem Abg. Sollmann gesagt:

Sie Jammerläppen, wenn Sie morgen ohne den Schuh der Immunität mir gegenüberstehen, würde ich mit der Waffe in der Hand anders mit Ihnen reden!

Doch kann darin nichts andres stehen als die

Bedrohung mit dem Totschlag gegen einen Abgeordneten. Hätte ich als Präsident die Bemerkung gehabt, ich würde den Abg. v. Ramon aus dem Saale gewiesen haben. (Sturmischer Beifall links.)

Abg. v. Ramon (völ.) zieht hierauf seine am Freitag abgebrochene Rede fort. Er erklärt, er habe bei dem geschilderten Vorgang in Steglitz ein Lasiauto gegeben, das mit uniformierten Leuten besetzt war und von zwei bewaffneten Leuten geführt war. Dieses Auto, so erklärt der Redner, fuhr ab und bald darauf verbreitete sich das Gerücht, sämtliche daran befindliche Leute wären erschossen worden. (Rufe links: „Gerücht — vorher wollten Sie selbst dabei gewesen sein!“) Ich sah dann das Auto in der Kolonnenstraße, von einer dichten Menschenmenge umgeben. Daneben lag eine grauslich verstümmelte Leiche. Von den Büschern wurde mir gesagt, es wären sämtliche in dem Auto befindlichen Leute erschossen worden. (Rufe links: „Dann waren Sie selbst also doch nicht dabei!“) Abg. Dr. Rothenburg (Soz.) ruft: „Er hat schon wieder gelegen!“ und erhält dafür einen Ordnungsruf. Ich habe zwei Leute gefunden, die dabei gewesen sind. Die haben uns bestätigt, daß sie schwer verletzt worden sind und monatelang im Krankenhaus gelegen haben. Die beiden Herren sind leider gleich zu Anfang mit schwerer Verlelung liegengeblieben und können deshalb nicht gesagt werden, wieviel sie verloren haben. In der Presse stand aber, daß es 13 gewesen sind. Eine amtliche Untersuchung des Vorgangs hat leider nicht stattgefunden (Hört! rechts), hoffentlich wird sie jetzt nachgeholt.

Nachdem noch der Abg. Riebel (Komm.) sich in scharfer Weise gegen die Vorlage ausgesprochen hat, verlegt sich auf Antrag des Abg. Dr. Haas (Dem.) gegen 11 Uhr nachts das schwachbesetzte Haus auf Mittwoch 2½ Uhr. Auf der Tagesordnung steht die außenpolitische Aussprache mit den dazu gestellten Anträgen und Interpellationen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. Juli 1925.

Die Transformatorensäulen.

In der „Volksstimme“ haben wir vor einiger Zeit auf die riesigen Transformatorensäulen auf dem Breiten Wege hingewiesen und ihre ungünstige Wirkung im Straßenbild sowie die störende Stellung für den Verkehr kritisiert. Wir machen den Vorschlag, die Transformatoranlagen unterirdisch zu bauen und damit zur Freimachung der Straße für den Verkehr beizutragen.

Im „Magdeburger Amtsblatt“ finden wir eine Veröffentlichung des Elektrizitätswerkes, die wohl als Antwort auf unsern Artikel zu werten ist. Es heißt darin:

Ein Blick in die geöffnete Tür einer solchen Säule läßt erkennen, daß das Elektrizitätswerk sich den leeren Raum zunutze gemacht und in denselben in acht erlei Apparate eingebaut hat. Um den Zweck dieser Einrichtung zu verstehen, sei etwas erläuternd auf das Weite der Elektrizitätsverteilung eingegangen.

Umfangreicher ein Elektrizitäts-Versorgungsgebiet ist, mit dem höheren Druck muß die elektrische Kraft in den Verteilungsleitungen fließen. Man bezeichnet diesen Zustand mit dem Ausdruck „elektrische Spannung“. Für den einzelnen Verbraucher haben sich Grenzen herausgebildet, über welche hinausgehen nicht zweckmäßig ist. Hier liegt ein Gegensatz zwischen Erzeuger und Verbraucher von elektrischer Kraft. Die immer raffende Technik hat aber ein bequemes Mittel zur Hilfe gefunden durch daß sie die Transformatoren konzentrierte. Nun konnte das Elektrizitäts-Erzeugerwerk die Spannung seiner Maschinen in dem erforderlichen Umfange steigern, im Transformator wurde sie an der Verbrauchsstelle auf die für den Verbraucher passende Höhe wieder herabgesetzt. Und da es der Technik gelang, die Transformatoren so herzustellen, daß durch den Umlaufungsprozeß nur äußerst geringe Verluste entstanden, so stieg die Anwendung der Transformatoren sehr rasch.

Beim hierigen Elektrizitätswerk liegen die Verhältnisse so, daß die Dynamomaschinen die elektrische Kraft mit einer Spannung von 2750 Volt in das Leitungsnetz senden. Die Verteilung in diesem geschieht aber nur mit 125 Volt bzw. 220 Volt in einzelnen Stadtteilen. Diese erforderliche Herabsetzung besorgen die Transformatoren. Im hierigen Verteilungsnetz sind jetzt 750 Transformatoren aufgestellt, davon befinden sich 117 Stück im Eigentum einzelner Verbraucher und 633 Stück im Eigentum des Elektrizitätswerks. Von diesen konnten nur 514 Stück in Privathäusern untergebracht werden, für 124 Stück mußte eine andre Unterkunft gefunden werden. Es gelang, 33 Stück in kleinen Schaltkästen aufzustellen, die übrigen 91 Transformatoren mußten die Säulen in den Straßen aufnehmen. Da die Verbrauchsgröße elektrischer Kraft am größten im Innern der Stadt ist, so darf die Spannungsabschaltung in den Verteilungsleitungen nur gering bleiben; es ergibt sich daher hier die Notwendigkeit, in geringen Abständen Transformatoren anzubringen.

Außerdem ist der Raum im Innern der Stadt außerst wertvoll und meistens bis in die kleinste Ecke ausgenutzt, daher bildet der Raum im Innern einer Säule einen gegebenen Platz für die Anbringung der Stromumwandlungsaufträge, weil er für andre Zwecke fast unverwendbar und zu jeder Tages- und Nachzeit leicht zugänglich ist. Gerade dieser letzte Punkt ist sehr beachtenswert, weil im Gefahr- oder Störungsfall es den Beamten des Elektrizitätswerks unbedingt möglich sein muß, jederzeit zu den Umlaufungsstellen gelangen zu können. Welche Schwierigkeiten würden nun ergeben, wenn diese Stellen alle in Privathäusern liegen! Die Belästigungsschäden des Netzes haben es schon mit sich gebracht, von den 514 in Privathäusern eingebauten Transformatoren 113 Stück zur Rückpeilung des Netzes verwendet zu müssen. Bei allem Ungegenkommen der Hausbesitzer haben sich für die Bedienung dieser Umlaufungsstellen doch recht häufig Schwierigkeiten ergeben. Sollten zu enigenen, müßten diese Transformatoren-Umlaufungsstellen nicht durch einen gesonderten Zugang von der Straße aus erreichbar sein, auch müßte ihre Anlage und ihr Betrieb nicht nur von dem Entgegengkommen des jeweiligen Hausbesitzers abhängen, sondern als „dingliche Feste“ auf dem Grundstück ruhen. Solche schwierigen Forderungen werden aber von den Hausbesitzern nur selten erachtet werden.

Man hat den Vorschlag gemacht, und auch wohl an verstreuten Stellen ausgeführt, unterirdische Umlaufungsstellen zu schaffen. Aber ganz abgesehen von den Kosten kostet solcher Anlagen fehlt es hierzu in den beliebten Baustraßen einer Großstadt in den meisten Fällen erst recht an Platz. Nur vorauswährend sich nur einmal, was unter dem verhältnismäßig schmalen Platz alles liegt an Nebeln des Elektrizitätswerkes, der Feuerwehr, der Straßenbahn, der Reichsbahn, am

Wasserleitungen und Kanalisationströhren u. a. mehr. Der Rückgriff auf die Säulen ist daher das Gegebene und Gewöhnliche.

Soweit das „Amtsblatt“. Die gegen unterirdische Transformatoranlagen erhobenen Einwände haben uns noch nicht davon überzeugt, daß in einer Großstadt an den verkehrsstreichen Punkten die gesamte Straße nicht den Bedürfnissen des Verkehrs dienen muß. Bei der immer noch anhaltenden Steigerung des Elektrizitätsverbrauchs werden wir dann vielleicht erleben, daß weitere große Transformatorensäulen errichtet werden. Ob dann die inzwischen auch eingetretene weitere Verkehrszunahme nicht doch geboten ist die unterirdische Anlage verlangt? Die Kosten für moderne Verkehrseinrichtungen muß eine Stadt aufbringen, wenn sie nicht hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben will. Das Magdeburg durch die große Kurzstreckigkeit seiner früheren Stadtwälder bereits mehrere Schritte im Rückstand ist, wurde oft schon bedauert. —

Monarchistenfahnen in Magdeburg eingezogen, hätten die Ausstellung eröffnet, trotz Fehlens des Reichsfarben.

Glaubt man nicht, daß Oberpräsident und Oberbürgermeister — dem sie so oft zu helfen aufgefordert werden — einsehen würden, daß sie es aus Liebe zu der Republik und Pflichtgefühl stets tun.

Glaubt man, daß die republikanischen Behörden diese Machtung der Republik im Bilde der Ausstellung, und daß die Republikaner, die Magdeburg besuchen, um die Ausstellung zu sehen, diese Beleidigung ihrer verfaßungstreuen Gesinnung durch die schwarze Fahne Strafenbild bemerken ohne dadurch an Sympathien für das Handwerk zu verlieren?

Jeder mag bei Wahlen und sonstigen politischen Anlässen mit seinen Fahnen agitieren wie er will. Eine Ausstellung aber dienstleiner politischen Idee. Darum fort mit den Parteiensymbolen, die jetzt endlich auf der Ausstellung die verfaßungsmäßigen Farben. Oder seid ihr Gegner der Republik, der deutschen Einheit? Dann benennt es offen.

Wer mag zur Gründung der Ausstellung schlecht beraten, sollte man noch rechtzeitig sich eines Besseren belehren lassen; das Geschäft könnte sonst vielleicht doch etwas leiden.

p. n.

Wo ist es am heftesten?

Die gegenwärtige Hitzeperiode ist keineswegs so unerhörlich wie vielfach angenommen wird. So war in Berlin am 20. Juli 1865 das Thermometer in den Mittagstunden bis auf 37,0 Grad Celsius gestiegen, eine Rekord-Temperatur, die seitdem bei uns noch nicht überholt worden ist. Die höchsten Wärmegrade auf der Erde werden übrigens nicht, wie man eigentlich annehmen sollte, in der Nähe des Äquators, ja überhaupt nicht in der Tropenzone gemessen, sondern in jenen subtropischen Wüstengebieten, die sich im Sommer durch Trockenheit und geringe Bewölkung auszeichnen. Lange Zeit galt die im Juli 1897 in der algerischen Oase Wargla beobachtete Temperatur von 53,0 Grad als absolutes Maximum der Lufttemperatur. Im Jahre 1911 jedoch wurde in dem durch seine Hitze berüchtigten sogenannten Todesstaat der kalifornischen Wüste, dessen Boden 54 Meter tiefer liegt als der Meeresspiegel, eine meteorologische Beobachtungsstation eingerichtet, durch deren Messungen im Juli 1913 eine Temperatur von 56,7 Grad zweifelsfrei festgestellt werden konnte.

Neuerdings aber ist selbst dieser Rekord noch überboten worden durch die Beobachtungen einer von den Italienern in ihrer libyschen Kolonie, südlich der Stadt Tripolis, 91 Meter über dem Meer angelegten Station. Hier, in Libia, hat man die außergewöhnliche Hitze von 58,0 Grad gemessen, und noch dazu nicht etwa im Juli, sondern im September 1922 bei wolkenlosem Himmel und einem aus der Sahara wehenden Südwestwind. Es ist also bis jetzt die höchste authentisch gemessene Atmosphärenhitze. Selbstverständlich handelt es sich bei allen diesen Angaben um Temperaturen im Schatten. In freien Sonnenstrahlen kann sich der Wüstenboden auf mehr als 70 Grad erhöhen und auch die Lufttemperatur dementsprechend hohe Wärmegrade annehmen.

— **Gewerkschaftspolitik.** Die schweren Wirtschaftskämpfe der letzten Jahre und neuerdings wieder die Bauarbeiterausssperrungen klar erkennen, welch wichtiges und wirksames Instrument die Gewerkschaft für die Arbeiterschaft ist. Einen Einblick in die gesamte gewerkschaftliche Arbeit und die Kampfmethoden der Gewerkschaften gibt der Gewerkschaftssekretär Genosse Gross zum Freitag vor der Jungsozialistengruppe. Gewerkschaftsdelegierte und Interessenten sind willkommen. Die Veranstaltung findet in Freiburg, Zimmer 2, statt.

— **Preußischer Mieterstag in Halle.** Vom 5. bis 7. September hält der Landesverband Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter e. V. im Vereinshaus St. Nikolaus in Halle a. d. S. einen ordentlichen Mieterstag ab. Der 5. und 7. September sind internationale Mieterstage vorbehalten, während am 6. September eine öffentliche Tagung stattfindet, in welcher Rechtsanwalt Dr. Gummel (Frankfurt a. M.) und Büchereibor. Vieh (Weißensee) über die Lage der gewerblichen Mieter und ihre Organisation referieren werden.

— **Walzerabend auf der Ausstellung.** Am Freitag den 24. Juli findet auf dem Ausstellungsgelände ein einmaliger großer Walzerabend des Philharmonischen Orchesters unter Leitung des Musikmeisters Balle statt. Das Konzert dauert von 7 bis 11 Uhr abends. Es werden u. a. die Schöpfungen des Walzertöngers Johann Strauss zu Gehör gebracht.

— **Das Lesesimmer des Kaiser-Friedrich-Museums** in allen Tagen außer am Montag von 10 bis 1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet. Federmann kann dort unentzettelich Zeitschriften lesen, Kunstmappen besichtigen und auch Bücher nach Hause entliehen.

— **Gefest.** Zu der Macht zum Mittwoch wurde die Feuerwehr durch den Feuermeister Johann Lamann alarmiert. Zum Eintreffen stellte sich heraus, daß der Weller von einem Efeu-Lamann, ohne festen Wohnsitz, aus Unfug gezogen worden war.

fühlten sich wider Willen von dieser gefüllungstollen Dirne angezogen, deren Empfindungen ihren eignen so glichen.

Der Korb war leer. Ihrer zehn, hatten sie ihn mühselig geschöpft, und sie bedauerten nur, daß er nicht größer war. Sie plauderte eine Zeitlang weiter, freilich ein wenig zähler, nachdem man nichts mehr zu essen hatte.

Es wurde Nacht und allmählich ganz dunkel; die Fahne die man während der Verdauung empfindlicher spürte, ließ dennoch trocknend wirken. Frau von Bréville bot ihr ihrer Zuhörer an, in dem die Kühle seit dem Morgen mehrmals erneuert worden war, und sie nahm sofort an; die Kühle war ihr wie erfrischt. Die Damen Carré-Lamaron und Vojeau gaben ihre Wärmeapparate den Schwestern.

Der Kutscher hatte seine Lederne angezündet. Sie durchleuchtete hell den Dampf, der wie eine Wolke von den schwitzenden Rüden der Deichshelpferde aufstieg, und den Schnee, der zu beiden Seiten der Straße unter dem bewegten Widerschein der Lichter vorüberwogte.

Im Wagen koumne man nichts mehr unterscheiden. Als auf einmal entstand zwischen Bettchen und Cordinet eine Bewegung, und Vojeau, dessen Blick das Dunkel abschaut, glaubte zu sehen, wie der Langbart rasch wegdrückte, als hätte er eine fräulein, aber geräuschlos flüppiglich bekommen.

kleine Lichter tauchten dann auf der Straße auf. Es war Totz. Die Fahrt hatte elf Stunden gedauert, mit den zwanzig Minuten, die man den Pferden für die viermalige Fütterung und zum Verschnaufen gelassen hatte, im ganzen dreizehn. Man fuhr in den Marktstädten und hielt vor dem Hotel du Commerce.

Der Wagenjochschlag öffnete sich. Ein wohlbekannter Geräusch ließ die Reisenden erzittern: das Aufschlagen einer Söbelisch auf dem Boden. Alsbald rief eine deutliche Stimme etwas.

Obwohl der Wagen angehalten hatte, rieß niemand aus als ob man erwartet hätte, beim Herausgehen niedergemacht zu werden. Da erschien der Kutscher, in der Hand eine seiner Lederne, die man den Pferden für die viermalige Fütterung und zum Verschnaufen gelassen hatte, im ganzen dreizehn. Man fuhr in den Marktstädten und hielt vor dem Hotel du Commerce.

Neben dem Kutscher stand in vollem Licht ein deutscher Offizier, ein großer junger Mann, durchaus dünn und blond, seine Uniform gekennzeichnet wie ein Mädchen in ein Kostüm, seine langletzende Bluse schief aufgesetzt, wie ein englisches Hotelbad. Ein unermüdlicher Schmetterling aus langen, gerade Haaren verdünnte sich auf beiden Seiten ins Unendliche und lag in einem einzigen blonden Fäden aus, so dünn, daß man die Enden gar nicht sah; er schien auf den Mundwinkel zu laufen, sozusagen die Lippen herunter und drückte den Lippen eine leichtere Falte ein. „Rollen Sie nicht aufzugehen, meine Herren!“ (Fortschreibung folgt.)

Fettchen.

Erzählung von Guy de Maupassant.

Überleitung aus dem Französischen von Kurt Eisner.
(4. Fortsetzung.)

Plötzlich überfiel die junge Dame des Fabrikanten einen Schauer aus, so plötzlich daß alle Hände sich nach ihr wendeten; sie war weiß wie draußen der Schnee; ihre Augen schlossen sich, die Stirn verzog sich; sie war ohnmächtig geworden. Ihr Gesicht verzog sich und flehte um Hilfe. Alles verlor die Beherrschung, da führte die ältere der Schwestern, den Kopf der Kranken hinkend, zwischen ihre Lippen, denktens sie ein und ließ sie ein paar Tropfen Wein schlucken. Die häusige Dame bewegte sich, öffnete die Augen, lächelte, und mit erstickender Stimme entfuhr ihr, daß sie „sich jetzt darantraue wohl fühlen“. Dann war das aber nicht wiederholte, nötigte die Schwestern sie, ein ganzes Glas Wein ein zu trinken, und sie läugte hinzug: „Das kommt vom Hunger von nichts anderem.“

Da stemmte die beiden erstaunt und verlegen, mit einem Ruck auf die vier nächsten gegenüberliegenden Stühle: „Wenn Gott, wenn ich den Herrn und Damen anstreben dürfte...“ Sie schwieg; sie fühlte eine Anspannung. Sofort nahm das Bettchen. „Über natürlich, in solcher Lage sind wir alle Freunde und müssen einander helfen.“ Das, meine Damen, keine Ursünde, nehmen Sie an. Bettel und and!“ Der weiß, ob wir beide auch nur ein Schärmertier sinden. Wenn wir ja weiter führen, sind wir vor morgen nicht in Totz.“ Nun zögerte, immer wieder die Bekanntmachung für das „Re“ übernehmen.

Der der Frau liege die Frage. Er würde sich zu dem Namen Petel das ganz eingedrängt vor, und mit dem größtmöglichen Ton des Übereinstimmens sagte er: „Wir nehmen Bettel an, und gräßige Gott.“

Der erste Schritt war sicher gemacht. Außerdem nun einmal den Richter überreden konnt, hißt man häufig ein. Der Schub wurde geleistet. Er enthielt noch eine Schmiedeversprechen, eine Scherhaftigkeit, ein Kind gesuchte, Petel, einen kleinen Scherhaftigkeit. Besonders die Schwestern sagten jetzt zwecklose Scherhaftigkeit der herbeieilenden Petel, die keine Bekanntmachung der kommenden Petel, die keine Bekanntmachung der kommenden Petel, sie war ziemlich über die Stelle zum Scherhaftigkeit.

Der Scherhaftigkeit die Richtigkeit des Scherhaftigkeit aufsuchen, wäre mir gut zu freuen. Nur blankezauber alle Anfangs mit Scherhaftigkeit, dann ließ man sich, da sie sich durchaus aufsuchen, freier geben. Die Damen von Petel und Scherhaftigkeit waren in ihrer großen Scherhaftigkeit Scherhaftigkeit, einen kleinen Scherhaftigkeit. Besonders die Schwestern sagten jetzt zwecklose Scherhaftigkeit der kommenden Petel, die keine Bekanntmachung der kommenden Petel, sie war ziemlich über die Stelle zum Scherhaftigkeit.

Mittwochmarkt. Wieder ist der Obstmarkt am reichlichsten besichtigt und bietet die größte Auswahl. Die Preise schwanken für das Pfund Kirschen zwischen 35 und 40 Pf., das Pfund Johannisbeeren zwischen 35 und 40 Pf. und für das Pfund Stachelbeeren zwischen 20 und 25 Pf. Heidelbeeren und Himbeeren kosten pro Pfund 50 bis 80 Pf. Für Apfeln werden 10 bis 35, für Birnen 30 und 40, für Pfirsichen 80 und Eierpflaumen 60 bis 75, für Aprikosen 80 und 90 und für Bananen 50 Pf. für das Pfund verlangt. In Preislagen zwischen 30 und 60 Pf. sind Tomaten jeder Güte zu haben. Auf dem Gemüsemarkt werden gefordert für grüne Bohnen 15 bis 20, Wachskohlen 20 bis 25 und grüne Erbsen 25 Pf. für das Pfund. Die Mandel-Kohlrabi wird feilgeboten für 45, 60 oder 75, die Mandel-Kartoffeln je nach Größe für 15 bis 30 Pf. Ein Weizkloß- und ein Wirsingkloßkopf werden mit je 30 bis 50 Pf. gehandelt. Kartoffeln sind für 50 bis 7 Pf. pro Pfund zu haben. Die Fleischmarktpreise haben sich nicht verändert. —

Schwerer Unglücksfall auf dem Hauptbahnhof. Heute vormittag gegen 7 Uhr ereignete sich auf dem Hauptbahnhof ein schwerer Unglücksfall. Ein Lokomotivführer hatte auf den Dach einer elektrischen Lokomotive zu tun und kam dabei der Starkstromleitung zu nahe, deren Drähte dem elektrischen Betrieb der Strecke Magdeburg-Leipzig dienen. Er erlitt schwere Verletzungen an der Schädeldecke und am ganzen Körper. Der Verunglückte wurde in ein Krankenhaus übergeführt. —

Wieber zwei Opfer der Alten Elbe. Am Dienstag ertrank in der Alten Elbe, gegenüber der Pionierbaudeanstalt, in Gegenwart der Geschwister, die 11jährige Gertrud Matzfeldt, Krämerberg 1 wohnhaft. Die von Samaritern der Feuerwehr angestellten Rettungsversuche blieben ohne Erfolg. — Am gleichen Tage ertrank in der Nähe des Wasserfalls der Oberpostschaffner Daniel, Auguststraße 16 wohnhaft. Man sollte endlich einmal die tiefen Stellen der Alten Elbe feststellen und mit „Schwimmern“ als gefährlich bezeichnen. Wer dann trotzdem diese Stellen nicht meidet, muß die Folgen seiner Wagemutigkeit tragen. —

Ballen- und Dielenbrand. Am Dienstag nachmittag war im Umsichtergerätehaus Umlaufstraße 76 infolge Ausbrennen eines Schornsteins ein größerer Ballen- und Dielenbrand entstanden. Von einer Abteilung der Feuerwehr 3 wurde die Gefahr durch Aussperren der brennenden Teile beseitigt. —

X Wer ist der Tote? Nach einem hier eingegangenen Fund spruch ist in Lübeck eine vom Zuge überfahrenen unbekannte männliche Person aufgefunden. Der Unbekannte gehört anscheinend dem Kaufmannstande an, war 40 bis 50 Jahre alt, 1,70 bis 1,72 Meter groß, hatte dunkelblondes Haar, Anflug von Glätte, Haar an den Schläfen grau mihiert. Er trug graugrünen Gummimantel, grünen rotgelben Anzug braune abgetragene Schuhe, Blauelhemd und -hose, weiches blaue gestreiftes Vorhemd, graue Strümpfe, Dubleering mit römischem Stein mit Inschrift („G. Schulz, 25. 5. 20.“) Er führte eine silberne Uhr mit Goldrand in Kapsel und einen Füllfederhalter bei sich. Mitteilungen über die Person des Unbekannten nimmt der Polizeipräsident — Kriminaldirektion — fernmündlich Dauerdienst entgegen. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Reichsbannersfahrt nach Köthen!

Der Extrazug nach Köthen fährt Sonnabend den 25. Juli 1925, abends 6.52 Uhr ab Magdeburg Hauptbahnhof Bahnhofsteig 2. Fahrpreis hin und zurück 2,40 Mark. Treffpunkt und Fahrkartenausgabe 6 Uhr auf dem Vorplatz der Köthener Straße. Wenn bis Freitag vormittag Meldung auf dem Gaubureau (Tel. 8734) vorliegt, kann der Zug in Schönebeck und Halbe noch halten.

Ab Schönebeck abends 7.11 Uhr, Fahrpreis 1,60 Mark, ab Halbe-Ost 7.28, Fahrpreis 1 Mark. Ankunft in Köthen 7.56 Uhr. Rückfahrt ab Köthen Sonntag den 26. Juli, abends 9.30 Uhr. An Halbe 9.54 Uhr, an Schönebeck 10.09 Uhr, an Magdeburg 10.30 Uhr. —

Ablistung Alte Neustadt. Unterlassener müssen bis Donnerstag beim Kaiserlicher Kameraden Grimm die Mitteilungsblätter in Empfang nehmen. **Spielestage Alsfeld und Leihplinge.** Donnerstag abend 8 Uhr über sowie alle Geburtstagsfeier (Seitenspiele). **Ablistung Wilhelmstadt.** Samtliche Kameraden, die mit nach Köthen fahren, treffen sich am Sonnabend abend auf dem Bahnhofsvorplatz Köthener Straße. Fahrpreis hin und zurück 2,40 Mark. Genaue Zeitnahme folgt am Freitag in der „Vollstimme“. Quartiere sind vorhanden. — Radfahrer treffen sich Freitag abend 7 Uhr bei Schulz, Gleisenstraße.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

An alle: Am Schlusse des Jugendfestes am Sonntag den 26. Juli marschieren wir mit Fackeln in die Stadt zurück. Diese sind in der „Venne“, Matschowplatz (Post) das Stück mit 45 Pf. zu haben. Sorgt dafür, daß genügend Fackeln gekauft werden, um einen imposanteren Zug zusammenzubringen.

Gruppe: Heute (Mittwoch) 8 Uhr im Franzenheim Liederabend.

Alle Hamburgfahrer müssen das Aufnahimalbum der Stadt Hamburg haben. 27 Bilder in Aufnahmedruck nebst einer einführenden Beschreibung zeigen alle Sehenswürdigkeiten der Weltstadt. Für 2,50 Mark kann es jeder in der Buchhandlung „Vollstimme“ kaufen. —

Volksport.

Handball.

Handballspiele an den Wochenenden. Am Donnerstag stehen fast auf dem Schreitplatz um 7 Uhr gegenüber der Kochha-Schule und Fröbel-Budau-Schule. Schiedsrichter stellt Fröbel-Budau. — Am 14. Uhr stehen sich auf dem Gemeindeplatz in Groß-Diesdorf Jahn II und Eintracht Süd I gegenüber. Schiedsrichter Fröbel-Sudenburg. — Am Freitag findet ein Lederpiel zwischen Eintracht Neustadt Turnrinnen und Sturm 07 Turnrinnen statt. Zu diesem Spiele, das um 7 Uhr auf dem Fröbel-Sportplatz, Süderstraße 68, stattfindet, sind die Arbeiter-Schwimmvereine Neustadt und Alsfeld eingeladen, außerdem die Handballspieler, die Schiedsrichter werden wollen. An dieses Spiel schließt sich im „Weisen Hirte“ eine Prüfung von Schiedsrichtern an. —

Kleine Chronik.

Der Lusitom in Hamburg. Der Leichenfund im Hamburger Hafen konnte durch die Hamburger Kriminalpolizei restlos aufgeklärt werden. Sowohl die in einem Koffer verpackten weiblichen Leichenreste wie die Person des Täters konnten identifiziert werden. Die Ermordete ist die unter Polizeizeichnerischer Kontrolle stehende 27jährige Selma Wodarczak. Die Leiche hat höchstens acht Stunden im Wasser gelegen, während der Tod, wie festgestellt wurde, bereits mehrere Tage vorher eingetreten war. Danach mußte der Mörder die Leiche entweder in seiner Wohnung oder an einem dritten Ort verbergen gehalten haben, bis er in der Nacht zum Sonntag Gelegenheit fand, einen Teil des Körpers ins Wasser zu versenken. Diese Vermutung hat sich sehr rasch bestätigt. Eine mit Hilfe eines Polizeihundes angestellte Streife führte in die Wohnung des 35jährigen Arbeiters Wagner am Pinnowberg bei St. Pauli. Wen fand in der Wohnung verschiedene Leichenreste und Kleidungsstücke der Ermordeten. Die Verhaftung des flüchtigen Mörders dürfte, da seine Person festgestellt ist, bald erfolgen. —

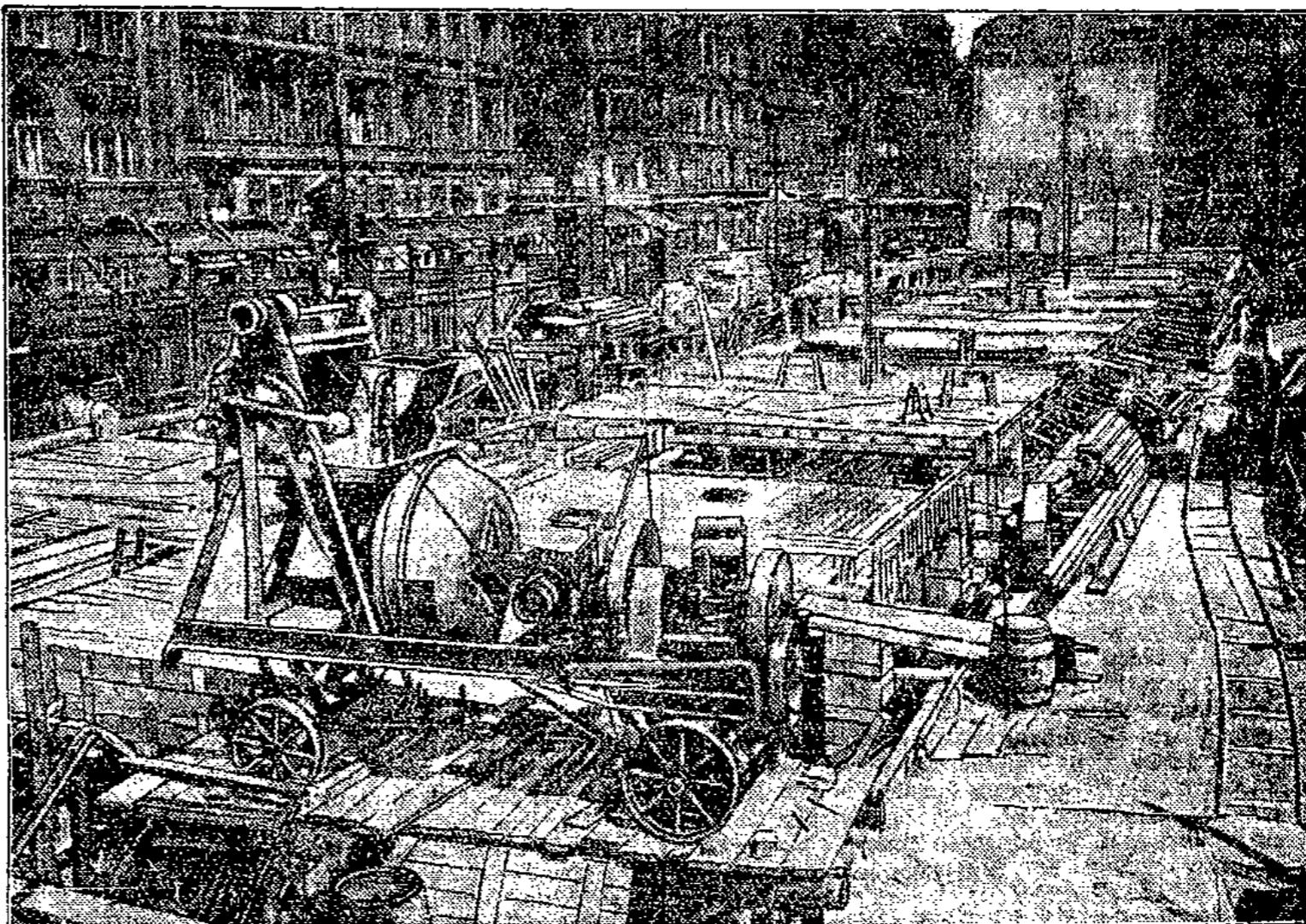
Der Rosenknopf als Berater. In Hamburg erfolgte eine fröliche Auflösung zweier Kapitalverbrechen, die sich wie ein Kriminalroman ließ. Vor 1½ Jahren, am 24. März 1924, erschien in der Villa des Direktors Stahl in der Nebelallee in Hamburg ein Mann, der den Direktor angeblich drängend in

Sachen der Schlichtung des Werkarbeiterstreits sprechen wollte und ihm einen Brief überreichte. Als Stahl den Brief erbrach, richtete der Einbrecher einen Revolver auf ihn und forderte von ihm 1 Million Goldmark, mit der Drohung, ihn im Begegnungsfall zu erschießen. Der Diener Koob sprang hinzugeworfen und wurde von dem Rauber durch einen Schuß zu Boden gestoßen. Stahl mußte ihm eine Perlenkette seiner Gattin im Werte von 15.000 Goldmark und 25 Dollar aushändigen, worauf der Rauber im Auto verschwand. Bis heute blieb der Rauberfall unaufgeklärt. Nun ist an der Hand eines Hünen die Stahl im benachbarten Alt-Stahlstedt, wobei der Rauber und seine Komplizen den Wächter Ernst Reher hinter rücksichtslos erschossen haben, an einem zurückgelassenen Hosenknopf mit der Inschrift „Solid Eleganz“ der Täter durch Kriminalkommissar Plock entdeckt worden. Der Knopf gehörte zur Hose des Verbrechers und die übrigen Knöpfe trugen dieselbe Inschrift. Ferner erwies sich die Handschrift des Täters mit der des Briefschreibers in der Expresszeitung Stahl als identisch, und schließlich erkannte das Ehepaar Stahl, daß der inzwischen geneigte Diener Koob in dem Verbrechen (es ist der Freierkrieger, Maler und gewerbzmäßige Hünerdick Willi Haberland) auf den ersten Blick den freien Express vom März vorigen Jahres. Der 37jährige Haberland, der wegen anderer Straftaten im Brandenburger Justizhaus ist, leugnet seiner Gewohnheit gemäß, trotz voller Überführung, noch beide Verbrechen. —

Die Typhusepidemie in Anklam. Die Typhusinfektionen beschränken sich sämtlich auf die Stadt Anklam, und zwar mit Ausnahme von zwei Fällen auf die südlich der Peene gelegenen Teile der Stadt. Zur Isolation der Kranken dienen die Absonderungsabteilungen der Krankenhäuser. Daneben ist die neue Schule in Anklam für diesen Zweck eingerichtet worden. Bisher haben sich etwa 3000 Personen der ersten und zweiten Schuhimpfung unterzogen. Ein Universitätsassistent, ein Volontärarzt und zwei Medizinalpraktikanten von der Greifswalder Universität sind in Anklam eingetroffen und werden nunmehr öffentliche Schuhimpfungen

vornehmen. Ein Stationärarzt ist dem Krankenhaus als Assistent beigegeben. Zur nötigen Aushilfe ist Krankenpersonal aus Berlin eingetroffen. Dem Kreisarzt ist zur Unterstützung eine besondere Hilfskraft beigegeben. Es sind also alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die Epidemie auf ihren Herd zu beschränken. —

Ein Glenbshaus. Ein furchtbare Bild sozialen und sittlichen Glends bot eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Der Schlosser Karl S. hat sich wegen eines schweren Vergewaltens zu verantworten, als Vater hat er sich an seiner eigenen 16-jährigen Tochter vergangen. Der Angeklagte ist ein arbeitsloser, dem Vater des Todes ergebener Mensch. Nicht eine Stelle weiß er anzugeben, wo er auch nur für kurze Dauer hintereinander gearbeitet hat. Von seiner Familie hat S. schon jahrelang getrennt gelebt, ist aber schließlich wieder zu ihr zurückgekehrt, denn seine Frau bezahlte ja die Wohnungsmiete und sorgte zum größten Teile für den Lebensunterhalt. In seinem Familienleben haben die schändlichen sittlichen Zustände geherrscht. S., der als gewalttätig im ganzen Hause gefürchtet wurde, schenkte sich nicht, fremde Mädchen mit in die Wohnung zu bringen, seine eigene Frau mußte dann — in der Küche schlafen. Die 16-jährige Tochter hat der Angeklagte schon vorher belästigt, als er dann eines Nachts wieder einmal betrunken nach Hause kam — geschah die unmoralische Tat. Die Frau verwirgert vor Gericht ihre Auslage, die Tochter aber sagt alles. Und wenn der Angeklagte in seiner Vertheidigung das Mädchen als unwahr und lächerlich hinstellte, dann hatte er wohl für den Moment vergessen, daß in seiner Umgebung kein anständiger Mensch aus seiner Tochter werden konnte. Das Gericht vereidigte die Zeugin erst nach ihren Aussagen, hielt sie dann aber in der Haupthecke für durchaus glaubwürdig. Ihren Angaben, vergewaltigt worden zu sein, konnte man aber nicht folgen, da für die erste Sechzehnjährige durch ihre eigenen Aussagen traurige Vorfälle einer ziemlichen Sittenlosigkeit festgestellt wurden. Der Angeklagte wurde nach dem Antrag des Staatsanwalts zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurteilt, die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf die Dauer von fünf Jahren abgesprochen. —



Gin enhender Bau in Berlin.

Während Hunderttausende in Deutschland keine Wohnung haben und jede verlorene Stunde Arbeit gerade der Bauarbeiter unverbringlich dahin ist, haben die Bauunternehmer die Bauarbeiten ausgesperrt, weil sie sich nicht willenslos fügen. Unser Bild zeigt einen Bauplatz in Berlin, den die Aussparung verüben ließ.

Ein toller Versuch. Die argentinische Schwimmerin Harrisson konnte ihren Versuch, den Kanal durchschwimmen, nicht vollenden. Sie schwamm morgens von Frankreich ab und mußte abends infolge Erstickung ungefähr 8 Meilen vor der englischen Küste aufgeben. Sie war 11 Stunden in Wasser. **Badeglück auf Bornholm.** Der elfjährige Sohn eines als Badegäste auf Bornholm weilenden Arztes aus Berlin ertrank, als er sich so weit in die Strömung hinaus wagte. Der Vater, der ihn retten wollte, konnte nur mit Mühe selber gerettet werden. Zwei andre Badegäste, eine junge Dame und ein Herr, die den Knaben zu retten versuchten, sind ebenfalls ertrunken. —

Eine Liebestragödie. Im Grünewald bei Berlin fand man den Musiker Heinrich Hallmann und die Ehefrau Martha Breitbach in schwer verletztem Zustand auf. Hallmann wollte Frau B. mit ihrem Einverständnis erschießen und hielt sie durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt. Bald darauf hat er selbst die Waffe gegen sich gerichtet und sich eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt. Beide Personen wurden durch das Überfallkommando Bilmersdorf in bestürzungslosem Zustand nach dem Krankenhaus Westend geschafft, wo sie in bedenklichem Zustand niedergeliegen. Vermutlich hat Liebesträumer sie zu der Tat veranlaßt, da ihrer ehelichen Verbindung Schwierigkeiten entstanden. —

Im Flugzeug in den Tod. Auf dem Flugplatz von Chalon-sur-Saône hat sich ein schreckliches Flugzeugunglück ereignet. Zwölf Flugzeuge stiegen in einer Höhe von 100 Metern zusammen und stürzten in ein Kornfeld. Die drei Insassen konnten nur schrecklich verzümmelt, als Leichen geborgen werden. —

Warenmärkte.

Magdeburger Wochmarkt.

Magdeburg. 21. Juli. Auf dem städtischen Schlachtfeld und Viehmarkt wurden aufgetrieben: 501 Rinder, und zwar 38 Söhne, 275 Bullen, 375 Füchse und Kalbe, 31 Geißer, 466 Schafe, 745 Schweine und 280 Schafe. Begehrte 1 Pfund Lebendgewicht.

I. Kinder. a) vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwerte. Die noch nicht gezogen waren (ungefähr)

b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4 bis 7 Jahren

c) junge fleischige, nicht ausgemästete ältere ausgemästete

d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere

B. Ballen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchste Schlachtwerte

b) vollfleischige jüngere

c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere

C. Füchse und Kalbe: a) vollfleischige ausgemästete jungen höchsten Schlachtwerts

b) ältere ausgemästete jungen höchsten Schlachtwerts

c) jüngere Füchse und Kalbe

D. Gestrig genährte Jungschafe (Greiferei)

E. Rinder: a) Dorpellende reinster Rind

b) mittlere Rindfleider

c) mittlere Rind- und beste Saugländer

d) geringere Saugländer

III. Schweine. A. Steinkäferfleisch:

a) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

b) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

c) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

d) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

e) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

f) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

g) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

h) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

i) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

j) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

k) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

l) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

m) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

n) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

o) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

p) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

q) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

r) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

s) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

t) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

u) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

v) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

w) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

x) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

y) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

z) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

aa) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

bb) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

cc) Rostkäfer und jüngere Rostkäfer

